

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

45 (10.11.1950)

Noch kein Produktionsrückgang

Kohlenknappheit bringt Einschränkungsgefahr - Handel disponiert vorsichtig Export steigt weiter - 120 Mill. Dollar Kredit der Europ. Zahlungsunion - Börsen freundlich

Die Meldungen aus der Wirtschaft besagen einstimmig, daß die Produktion und der Export weiter gestiegen sind und die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht. Für das ganze Bundesgebiet betrug der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Oktober rund 41 700. Demgegenüber sind noch 1 200 000 Menschen arbeitslos. Nach den jüngsten Erhebungen des Bundesministeriums rechnet er nicht mit einer starken Erhöhung der Arbeitslosigkeit während der Wintermonate. Er schätzt die Winterarbeitslosigkeit auf höchstens 1 1/2 Millionen. Aus den einzelnen Ländern wird ebenfalls der Rückgang der Arbeitslosigkeit gemeldet, so aus Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Hamburg und sogar West-Berlin. Nur aus Bayern wird zum erstenmal wieder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in der letzten Oktoberwoche gemeldet. Eine weitere Besonderheit sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Im Bereich des Essener Arbeitsamtsbereichs wurden im Monat Oktober durch Einstellung von Entlastungsmaßnahmen und durch Einschränkungen der Demontagen bei Krupp 60 Arbeiter entlassen, die teilweise in anderen Betrieben wieder unterkamen; für den Monat November rechnet man mit Entlassung von weiteren 350 Arbeitern, die mit Demontagetätigkeiten beschäftigt sind.

Verfehltes Arbeitsloseninteresse

Dies führt uns zu einem in den letzten Tagen häufig ventilierten Thema, nämlich dem hohen

Was wird?

Die Rohstoffversorgung entscheidet

Umsatzsteuererhöhung wird die Preise treiben

Wir haben eigentlich einen großartigen Bundeswirtschaftsminister. In einer Zeit, in der die gesamte Industrie über Rohstoffmangel klagt und die Kohlen zugehört werden müssen, erklärt Herr Erhard, er gäbe keine Engpässe. Und obwohl bisher für den Verbraucher wenigstens kaum bemerkbare Preissteigerungen eingetreten sind, erklärt Herr Erhard, er würde den Wirtschaftern schon auf die Finger klopfen. Auch der Finanzminister ist ein sehr beliebter Mann, denn er erklärt, die Einkommensteuern würden nicht erhöht, obwohl zu gleicher Zeit von allierter Seite ganz deutlich zu hören ist, was man von uns als finanziellen Beitrag zur Verteidigung erwartet. Rühlich und rechtlich weisend, wir ja immer noch nicht genug, was man von uns verlangen wird, aber es ist sicher, daß man auf alle Fälle finanzielle Opfer fordern wird. Das Opfer verlangt man, aber die Gleichberechtigung läßt auf sich warten. Die Norweger haben das am deutlichsten gezeigt: sie lassen unsere Mannschaft für den olympischen Spielen nicht nach Oslo kommen, aber der norwegische Außenminister erklärt, die Deutschen müßten sich ihren militärischen Beitrag zur Verteidigung Europas stellen; mit anderen Worten, als Sportler sind dann Konkurrenzlos ist die deutsche Jugend untersucht, aber als Soldaten zur Verteidigung nach Norwegen sind sie gut genug.

Es ist merkwürdig, daß die Bundesregierung überhaupt erwägt, welche finanziellen Belastungen sie dem deutschen Volk noch auferlegen kann, obwohl sowohl die Franzosen wie die Engländer klipp und klar erklärt haben, sie könnten ihre Steuern nicht erhöhen und würden auch ihren Lebensstandard nicht herabsetzen, die australische Rüstung müßte also von den USA finanziert werden. Der deutsche Lebensstandard ist noch lange nicht so hoch wie der von Frankreich und England, und wir können noch manches andere Argument gegen eine Steuererhöhung anbringen. Warum erklärt die Bundesregierung nicht, daß eine weitere Belastung undurchführbar ist, was ja schon in der Erklärung des Finanzministers zwischen den Zeilen zu lesen war, daß die Einkommensteuer nicht erhöht werden würde? Trotzdem aber bestärkt man sich bereits in Finanzministerien mit Steuererhöhungsplänen. Es wird sogar von einer Erhöhung der Umsatzsteuer um 15% gesprochen. Tja, die Bundesregierung dies, dann hätte man einen Beweis mehr dafür, wer der Protestrufer ist.

Die Bundesregierung lehnt sich aber auch an Pläne an, die in den USA vorliegen. Dort soll bekanntlich eine „Übergewinnsteuer“ eingeführt werden. In Deutschland denkt man an eine „Boon“-Steuer. Das klingt natürlich besser als eine Erhöhung der Umsatzsteuer, und man gibt sich der aussersten Hoffnung hin, daß sie nicht unzulänglich wirken. Man wird sich irren. Was die Wirtschaft braucht, ist Kapital. Der Kapitalmarkt ist zu klein. Die Selbstfinanzierung wird man beschneiden. Woher sollen die neuen Produktionsstätten kommen, die notwendig sind, um die Produktion weiter zu erhöhen und insbesondere die jetzt noch einmal von der europäischen Zahlungsunion geforderte Steigerung des Exports durchzuführen? Es wäre für die Bundesregierung wirklich leicht, mit diesen einwandfreien Argumenten eine weitere Belastung als unmöglich herauszustellen.

Es widersprechend wie die Finanzpolitik ist die Wirtschaftspolitik Erhard — vorläufig — nicht. Wie wir in unseren Wochenübersicht zeigen, ist trotz aller Klagen über Rohstoffverknappung noch nirgendwo ein Rückgang der Produktion erkennbar. Im Gegenteil: Alle Meldungen zeigen erhöhte Produktion, stark erhöhten Export und verminderte Arbeitslosigkeit.

Bestand an deutschem Personal bei den Besatzungsmächten. Auf der einen Seite wurde von den Alliierten erklärt, wir sollten uns doch nicht über die Höhe der Besatzungskosten beklagen, da doch 400 000 Angestellte und Arbeiter bei der Besatzungsmacht Arbeit und Brot finden und somit doch der Arbeitslosigkeit anheimfallen, auf der anderen Seite liegt dem Bundesrat eine sehr däumliche Denkschrift vor, in der über den hohen Aufwand der Besatzungsmacht, darunter auch über den hohen Personalbestand Beschwerde geführt wird. Ebensoviele wie wir bei dem obenangeführten Krupp-Beispiel nun etwas fordern würden, die Entlastungsmaßnahmen fortzusetzen, um die dabei beschäftigten Arbeiter nicht brüchlos zu machen, werden wir uns dafür einsetzen, den Personalbestand der Besatzungsmacht möglichst hoch zu halten. Die wirtschaftlichen Vorteile aus der Besatzungsmacht sind im Vergleich zur Belastung des deutschen Steuerzahlers ziemlich gering. Sie sind insbesondere gering und immer geringer geworden, je mehr sich die deutsche Wirtschaft erholt, je höher die deutsche Industrie an ihre Kapazitätsgrenze kam und je stärker der deutsche Export stieg. Zur Behebung unserer Wirtschaft brauchen wir jedenfalls die Besatzungsausgaben nicht.

Auch die Arbeitslosenrate darf man, gerade in diesem Zusammenhang, nicht als absolute Zahl nehmen. Wir wissen, daß in Gebieten in Deutschland gibt, wo die Vollbeschäftigung erreicht ist, wir wissen weiter, daß auf den verschied-

densten Gebieten Facharbeiter bereits knapp sind. Wir wissen aber auch, daß von den registrierten Arbeitslosen ein großer Teil nicht einsetzbar und ein kleiner Teil nur kurzfristig einsetzbar ist, also zur Fluktuation gehört.

Kein Produktionsrückgang

Trotz aller Kasandra-Rufe ist uns bisher noch keine Meldung zugegangen, die einen Rückgang der Produktion infolge Materialschwierigkeiten anzeigt. Wohl haben sich die Lieferfristen überall stark verlängert, aber das liegt zunächst nur an dem steigenden Auftragsstand. Nehmen wir ein Beispiel heraus: die Schloß- und Beschlagindustrie klagt über Rohstoffversorgungserschwerungen. Die Lieferfristen für Rohmaterialien haben sich gegenüber der ersten Hälfte 1950 verdoppelt, aber, so wird ebenfalls berichtet, nachteilige Auswirkungen auf die Beschäftigungslage der Betriebe sind noch nicht zu verzeichnen, da die Werke noch über gewisse Lagerbestände aus Unter- und Überlängen verfügen und diese normalerweise nicht einsetzbaren Bestände jetzt verwenden. Außer dem hohen und laufend steigenden Inlandsbedarf (Seubedarf) ist der Export auch im zweiten Halbjahr 1950 ständig weiter gestiegen und ist heute um 60% höher als im vorigen Jahr. Man vermutet, daß für das ganze Jahr 1950 etwa eine Verdoppelung durch Export in dieser Industrie herauskommen wird. Selbstverständlich wird in dieser und in vielen anderen Industrien ein Beschäftigungsrückgang erwartet, wenn die Rohstoffversorgung nicht besser wird.

Hauptorgo Kohle

Inbesondere macht die Kohle die allergrößte Sorge. Sie hat darum auch als erste einen Kommissar bekommen. Irgendwo muß man ja damit umgehen. Und die Kohle ist wichtig genug. Für den November sind bereits gewisse Lieferfristen ausgearbeitet worden. Aber immer als gefördert wird, kann nicht verteilt werden — und unsere Exportverpflichtungen an Kohle, die sehr hoch sind, müssen wir einhalten. Es gibt nur eine Möglichkeit, die Kohlenknappheit zu überbrücken, und das ist die Friedensregierung. Es wird dabei festgestellt, daß die Leistung des Kumpels, also die Leistung pro Mann und Schicht, um 30 bis 30% unter der Friedensleistung liegt. Würde die Friedensleistung auch nur annähernd wieder erreicht, dann gäbe es keine Kohlennot. Demgegenüber muß berücksichtigt werden, daß die wenigen Jahre, die wieder eine friedensmäßige Erziehung brachten, nicht ausreichen konnten, um die Schäden der langen Hungerjahre auszugleichen. Außerdem sind die Wohnverhältnisse der Kumpels durch die starke Bombardierung gerade der Wohngebiete im Ruhrgebiet immer noch unzureichend schlecht, so daß der Leistungsabfall wohl verständlich ist. Aus diesem Gesichtswinkel heraus bekommt der deutsche Kohlenexport ein besonderes Gesicht: Wir leisten mehr als wir können.

Export zu hoch

Wir exportieren auch mehr als wir eigentlich dürfen, aus zwei Gründen: 1. ist die Versorgung des Inlands geknüpft und 2. hat gerade der deutsche Export dezentralisiert den großen Kredit, daß vom Import der Rohstoffe bis zur Ausfuhr des Fertigproduktes eine recht beträchtlich lange Zeit verstreicht. So, und nur so, sind die Devisenschwierigkeiten in den letzten Wochen entstanden. Mit einer Änderung des Systems der Außenhandelsbanken, die man nun schon wieder verächtlich will, kommt man der Sache nicht bei. Wir erwarten in der vorigen Ausgabe, daß zur Bewältigung der Devisenschwierigkeiten etwa 100 Millionen Dollar notwendig seien. Es heißt nun, daß die Europäische Zahlungsunion Deutschland einen Kredit von 120 Mill. Dollar zur Überbrückung dieser Schwierigkeiten geben würde. Dies würde also genügen und ist als Pfandstück erträglich. Aber — nun kommt der Pfandstück wieder, nämlich an die Bedingungen der Exportsteigerung und der Verbrauchsbeschränkung. Beide Bedingungen sind sowohl weil es Bedingungen sind, als auch weil sie sachlich nicht berechtigt sind, abzulehnen. Jeder Deutsche erfährt täglich aus seinen Zeitungen, daß der deutsche Export auf jedem Gebiet laufend steigt, teilweise sogar progressiv steigt. Es besteht nirgendwo in der deutschen Industrie die geringste Neigung, diese Exportsteigerung irgendwie abzustoppen. Im Gegenteil ist jede Wirtschaftsgruppe, jeder Industriebetrieb stolz darauf, immer wieder melden zu können, wir haben unseren Export weiter erhöht. Eine solche Bedingung also zu formulieren, war

sehr sinnlos. Kaufmännische oder Preissteigerungs-tendenzen ausgehen. Etwas anderes ist es natürlich, wenn die Steuern erhöht werden. Und es ist sicher, daß sie erhöht werden. Von dieser Seite her wird dann der entscheidende Anstoß zu Preissteigerungen kommen. Es ist aber durchaus anzunehmen, daß unsere Produktion trotzdem weiter steigt, daß sich das Sozialprodukt vermehrt und daß dadurch diese neue Last nicht ganz so schwer wird. Voraussetzung dafür allerdings ist die kapitalistische Rohstofflieferung dieser steigenden Produktion. Daran hängt alles. Und die Hauptrohstofforgo ist die Kohle.



Wir haben diese Ausgabe unter das wichtige Thema der Flüchtlingsnot und ihrer Behebung gestellt. Auch unsere aktuelle Reportage auf Seite 8 bringt eine Darstellung von Flüchtlingsbetrieben in Baden und ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Das Bild hier zeigt den Förderturm des Blei-erzbergwerkes Wildschapbach.

Flüchtlingsprobleme in Baden

Von Staatspräsident Leo Wohleb

Als in den Jahren 1944 und 1945 annähernd acht Millionen Heimatvertriebene in den westlichen Teil Deutschlands einströmten, wurden die Länder der französischen Zone aus hier nicht näher zu erörternden Gründen vorläufig nur ziemlich schwach in Aufnahmestand. Der Flüchtlingsstrom ergoß sich zunächst in der Hauptsache in die Länder der amerikanischen und britischen Zone, aber auch hier mit unterschiedlicher Stärke. Der örtliche Verlauf der letzten Kampfbewegungen im Frühjahr 1945 brachte es mit sich, daß die im größten von den Kämpfen betroffenen Länder, vor allem Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, als Hauptaufnahmestellen für die aus den Ländern des Ostens geflochtenen Bevölkerung in Betracht kamen. Es versteht sich, daß die öffentlichen Ungerechtigkeiten dieser ersten Verteilung der Heimatvertriebenen mit bestimmter Gegenseite mit der Zeit zu neuen Maßnahmen, und zwar zu einer radikalen Umgestaltung der Flüchtlinge aus den überlasteten Ländern in weniger stark belegte Länder mußte. Diese Umstellungsaktion vermag uns aber der Lösung des Flüchtlingsproblems, soweit eine solche überhaupt in unsere Kräfte steht, nur dann näherzuführen, und sie kann überhaupt nur dann verantwortet werden, wenn den jetzt umzustellenden Menschen im Aufnahmeland bessere Wohnverhältnisse als bisher, vor allem aber auch Arbeitsmöglichkeiten, geboten werden können. Wird auf diese wesentlichen Erfordernisse einer sinnvollen Umstellung keine Rücksicht genommen, so wäre die Folge die Verdrängung einer großen Anzahl auf neue schwer erträglichere Heimatvertriebenen. Die schlechte Stimmung und die unsichere Haltung dieser Menschen würde sich fernerhin auch auf die einheimische Bevölkerung übertragen, wodurch dem Aufnahmeland schwerer Schaden drohen würde.

In der radikalen Absicht, den in den überlasteten Ländern unter den traurigsten Verhältnissen lebenden Flüchtlingen zu helfen und ihnen ein Heim zu schaffen, aber auch in der Erkenntnis der großen sozialen, angebotenen Gefahren, die eine Zusammenballung einer unzufriedenen, vertriebenen, verzweifelten Menschenmasse für die staatliche Ordnung in sich birgt, haben die badische Volk und die badische Landesregierung bereits lange Zeit vor der im Sommer 1949 erfolgten Zuteilung von weiteren 40 000 Flüchtlingen durch die Bundesregierung laufend nicht weniger als 60 000 Heimatvertriebene in unser Land Baden aufgenommen. In enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsbehörden konnte dieses zunächst oder in kleinen Transporten ankommenden Umstiefern fast immer sehr bald Arbeit zugewiesen werden. Nach einem Aufenthalt von nur wenigen Tagen in den Durchgangslagern konnten diese Umsiedler auch eine angemessene Wohnung beziehen, die von den Umstellungsbehörden soweit erforderlich mit Hausrat versehen wurde. Ungeschätzte Dankeschreiben liegen uns vor, sie geben uns Kunde von dem Glück dieser Menschen, die bei uns wirklich eine neue Heimat gefunden haben.

Nach Zuteilung der 40 000 Flüchtlinge durch die Bundesregierung mußte der Grundriss der von uns in Baden bisher durchgeführten individuellen Umstellung aufgegeben werden; es vollzog sich nämlich stattdessen eine Massenverlagerung von Heimatvertriebenen, die zu mancherlei Mängeln und Fehlern geführt hat. Neben die Auswahl und Aufklärung der Umsiedler im Abgabeland konnte jetzt nicht mehr so sorgfältig geachtet wie bisher. Unter den in kurzer Zeitfolge ankommenden großen Transporten befanden sich und befinden sich jetzt im Gegensatz zu früher aber auch eine große Anzahl kranker, arbeitsunfähiger Menschen, von Rentnern und Angehörigen von Befreiten, die bei uns in Baden ohnezusammen Arbeit finden können wie in dem Abgabeland. Wir verstehen in Baden sehr wohl, daß bei einer Umstellung, die neben dem Wohl der Heimatvertriebenen letzten Endes auch die wirtschaftliche Entlastung der Abgabelländer zum Ziele hat, vom Aufnahmeland ausfindig sind solche Umsiedler mit aufgenommen werden müssen, wenn das Abgabeland nicht, wie der Sozialminister von Schleswig-Holstein neulich meinte, zum Armen- und Biederhaus unserer Bundes-

republik Deutschland werden soll. Es versteht sich aber von selbst, daß auch die Unterbringung solcher der öffentlichen Fürsorge bedürftigen Personen auf sehr große Schwierigkeiten stößt. Schwierig gestaltet sich auch die Beschaffung von Arbeit und Wohnung für die unheimlich wachsenden arbeitsfähigen Menschen, vor allem der sehr zahlreichen großen Familien. Die Wohnraumreserven in den Abgabungen unseres Landes sind nach der Aufnahme von jetzt insgesamt schon über 100 000 Flüchtlingen und etwa ebensoviel im Kriegs Evakuierten und Zuwanderern im wesentlichen erschöpft.

Wir haben in Baden diese Entwicklung sehr wohl vorausgesehen. Nicht weniger als 60 Millionen DM haben wir deshalb zur Förderung der sozialen Wohnungsbau bereitgestellt, von welcher Summe fast die Hälfte, nämlich 29 Millionen, zweckbestimmt für den Flüchtlingswohnungsbau war. Obwohl inzwischen schon 208 Neubauprojekte von Flüchtlingen begonnen wurden, konnte nur erheblicher Teil der in den letzten Wochen und Monaten in unser Land umgesetzten Heimatvertriebenen zu unseren großen Bedauern noch nicht mit Wohnraum versorgt werden. Manche Flüchtlinge müssen aus diesem Grund in den Durchgangslagern auf ihre Einweisung warten. Große Enttäuschung hat dieses Warten zur Folge. Bis zum kommenden Frühjahr rechnen wir mit der Fertigstellung von weiteren rund 100 000 Flüchtlings-Neubauprojekten. Der Ausbau von Durchgangslagern und andere Baumaßnahmen werden die Zahl der Neuwohnungen ebenfalls noch etwas erhöhen. Unter diesen Umständen bedarf es keiner näheren Darlegung, daß es uns nur unter äußerster Kraftanstrengung gelungen ist, bis jetzt 30 000 von den von uns zugewiesenen 40 000 Heimatvertriebenen aus den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern aufzunehmen.

So lange aber eine Anzahl auf tiefe enttäuschte Umsiedler aus Mangel an Wohnraum zum Teil wochenlang in den Durchgangslagern und Massenunterkünften auf Zuweisung zum Wohnraum zu warten gezwungen ist, glaubt die badische Landesregierung, die Aufgabe weiterer Umsiedler vorerst nicht verantworten zu können. Wollte man zur Zeit mit der Umstellung fortfahren, so würde lediglich eine Verlagerung des Massenelendes von einem Land in das andere die Folge sein. Wir haben deshalb Verhandlungen mit den zuständigen Stellen in Bonn und in den Abgabelländern aufgenommen, auf Grund deren eine kurze Ruhepause und anschließend daran eine Verlangsamung der Transportfolge einstritten werden. Niemand haben wir uns geweigert, auch noch die letzten 10 000 uns zugewiesenen Heimatvertriebenen aufzunehmen. Dies kann aber erst dann geschehen, wenn es uns möglich sein wird, die Menschen auch unterzubringen. Unsere Behörden hoffen, daß dies im Laufe der kommenden Monate bis Ende März 1951 der Fall sein wird.

Vielmehr hält man uns nun entgegen, daß auch nach der Aufnahme der 40 000 der Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung in Baden nur 0,4% betrage. Baden liege damit also immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 1,6%. Genau dasselbe wird man auch den anderen Ländern der französischen Zone verhalten können, aber auch sie sind an der Grenze der Eingliederungsmöglichkeiten angelangt. Wenn man uns diese Prozentzahl vorhält, so übersieht man, daß die Struktur der einzelnen westdeutschen Länder grundverschieden ist, weshalb eine gleichmäßige Aufteilung der Heimatvertriebenen auf die einzelnen Länder schlichthin unmöglich erscheint.

Wir sind im Übrigen der Meinung, daß nach der Wiederherstellung der Freizügigkeit mit der Zeit die amtliche Umstellung gegenüber der freigelegten ausfindig wird und daß die heute vielfach festzustellenden Fehlentwicklungen verschwinden werden. Auf diese Weise wird sich auch bei uns in Baden eines Tages nicht nur ein zahlenmäßig gewisser Ausgleich vollziehen, es wird vielmehr auch eine Verteilung der heute im gesamten Gebiet des früheren Landes Baden untergebrachten Heimatvertriebenen möglich sein, die der Gesamtstruktur dieses Landes entspricht.

reichlich überflüssig. Es kommt hinzu, daß wir noch manche Exportwaren hätten, wenn nicht Mitglieder der Europäischen Zahlungsunion dem deutschen Import Schwierigkeiten oder gar Verbote entgegenstellten. So ist, worauf wir schon einmal hinwiesen, auch heute noch die Ausfuhr deutscher Kraftfahrzeuge nach England unmöglich. Ebenso düster steht es mit dem Export in die Staaten Osteuropas aus. Was könnten wir dorthin exportieren, wenn die vielen Beschränkungen nicht da wären? Waren, deren Export in die Ostblockstaaten man nun verliert, von anderen Ländern Westeuropas häufig weiter dorthin exportiert.

Kaufkraft in der Klemme

Zu der zweiten Bedingung, der Verbrauchsbeschränkung, ist 1. zu sagen, daß ein Export nur möglich ist, wenn ein ausreichendes und gesundes Inlandsbedürfnis 2. daß die Devisenklemme nicht durch den zu hohen Inlandskonsum entstanden ist, sondern durch die Zunahme unseres Exports und unsere Exportaufträge (lange Fabrikationszeit bei sofortigem Rohstoffbedarf) und 3. ist das deutsche Volk noch lange nicht auf dem Lebensstandard, auf den es als westliche Kulturration Anspruch hat.

Die Kaufkraft des deutschen Volkes wird noch beträchtlich geschwächt werden, sei es durch Steuererhöhungen, sei es durch — stark daraus resultierenden — Preiserhöhungen.

Vorsichtige Disposition

Es sind nun Erhebungen darüber anzustellen worden, wie das Weltwirtschaftsgefüge werden wird. Wir können alle diese Andeutungen nicht hier erörtern, aber interessant ist, daß fast übereinstimmend alle Fabrikanten und Einzelhändler erklären, daß kaum Preiserhöhungen festzustellen seien. Man hat vorsichtig disponiert. Es ist auch kein Wunder, so daß man sich jetzt neuer eingekaufter Rohstoffe in die Fabrik legt, denn das Risiko ist außerordentlich groß und die Kapitaldecke klein. Auch die Vorräte der Einzelhändler sind nicht sehr umfangreich. An sich wäre ein Tendenz zu Preisrückgängen zu erwarten, und zwar nicht nur wegen der gestiegenen Rohstoffpreise, sondern auch wegen der überall in Deutschland inzwischen erfolgten Lohnrückgängen. Jedoch rechnen viele Fabrikanten und Einzelhändler damit, daß die Preise nach Weihnachten wieder zurückgehen werden. Wir glauben allerdings nicht, daß außer dem üblichen Umstärkung im Januar eine darüber hinausgehende Schrumpfung des Umsatzes stattfinden wird. Die Hebung in unserer Wirtschaft zeigt deutlich einen aufsteigenden Trend. Die psychologische Haltung des Käufers zu beurteilen ist nicht ganz leicht. Es wird sicher Käufer geben, die jetzt kaufen, weil sie glauben, daß die Waren noch inalter werden. Es gibt aber sicher auch Menschen, die wieder einiges auf die Sparkasse legen und sich das eine oder andere zu Weihnachten verkaufen. Es kommt hinzu, daß manche langfristigen Gemüter bereits im August und September eingekauft haben und jetzt zu Weihnachten nicht mehr kaufen werden. Dies alles wird sich, so meinen wir, einigermaßen die Waage halten.

Freundliche Börsen

Auch auf den deutschen Börsen hat sich die freundliche Tendenz in der vergangenen Woche und im Montag dieser Woche halten können. Die starke Diskontierung hat sich ebenfalls vermindert gewirkt. Man konnte in der ersten vergangenen Woche Anlageaktie beobachten und das herkömmliche Material wurde gut aufgenommen. Nur die Montanwerte waren etwas schwach, weil die Börse befürchtet, die Verknappung von Hochofenkoks könnte zur Stilllegung einiger Hochöfen führen. Sonst hört man aus der deutschen Industrie günstige Umstellungen und Dividendenaussichten. Der Beginn der Beratungen zwischen der Bundesregierung und der Hochkommission über die Großbanken brachte eine stärkere Nachfrage und die Großbankaktien zogen bis zu 3 Prozent an.

Kontrollierter Liberalismus

Werden wir nun noch einen Blick auf die Entwicklung in den USA, da die dort beschlossenen Maßnahmen sowohl psychologisch als auch in ihren materiellen Auswirkungen bei uns nicht ohne Folgen bleiben. So ist es z. B. für uns schon wichtig, ob die USA die Ausfuhr von Baumwolle weiterhin kontingentieren, ob sie das Kontingent erhöhen oder ermäßigen. Jede Erhöhung des Kontingents bedeutet eine Ermäßigung des Baumwollpreises, jede Beseitigung des augenblicklichen Kontingents ein weiteres Ansteigen des internationalen Baumwollpreises — während die inneramerikanischen Preise, nach denen sich bisher die Weltmarktpreise richteten, stabil blieben. Auch der nordamerikanische Kupferpreis führt den Namen Welt-Exportpreis zu Recht. Die Preise des internationalen Weizenabkommens sind auch mehr oder weniger USA-Preise; sollte Westeuropa stärker mit osteuropäischem Getreide beliefert werden, so dürfte auch der Preis des internationalen Weizenabkommens nicht mehr der Weltmarktpreis sein.

Innerwirtschaftlich dürfte sich jetzt erst nach den Kongresswahlen zeigen, was Truman wirklich vorhat. Man hat mit verständlichen Gründen sich bis jetzt stark zurückgehalten. Innerhalb sind bereits einige Eingriffe in die Wirtschaft erfolgt, so wurde der Bau von Vermögensgegenständen untersagt. Kontrollmaßnahmen und Steuererhöhungen werden wohl zunächst die Mittel sein, mit denen man versucht, der zweitwichtigsten vorhandenen prelastierenden Tendenz entgegenzuwirken. Eine weitere noch stärkere Kreditbeschränkung wird ebenfalls folgen. Eine scharfe Preis- und Lohnkontrolle dagegen wird man wohl nicht erwarten dürfen. Folgende wirtschaftswissenschaftliche Ermittlung interessiert auch uns: Keyserling, der Vorsitzende des Dreimann-Komitees der Wirtschaftsbekämpfer, glaubt, daß bei Stilllegung der industriellen Produktion der USA um 25% in den nächsten 5 Jahren der Lebensstandard in den USA aufrechterhalten werden kann, trotz der Anstrengungen zur Durchführung des Versäumnisprogramms. Er wird also auch in den USA als einziger Ausweg zur Vermeidung des Lebensstandards die Erhöhung der Produktion angesehen. Das gleiche hat Herr Erhard für uns erklärt.

Ungeprüft über Binn-Produktion

Die Verhandlungen über das Wiederankauf einer deutschen Binn-Produktion haben bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt, wie von einem Fachspezialisten der Bayer-Fabrikwerke Leverkusen am Dienstag mitgeteilt wurde. Die deutschen Binnwerte werden weiter ab und haben inzwischen in letzteren Besprechungen die für die Wiederaufnahme der

Hoher Kapitalbedarf der Eisenindustrie

Über 1 Milliarde DM erforderlich — Eisenhüttenstag 1950

Der Vorstand des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Prof. Dr. Hermann Schenck, hat am 2. November auf der Schlußtagung des Eisenhüttentages 1950 in Düsseldorf etwa folgendes zu sagen:

So wie die Wiederherstellung der menschlichen Beziehungen erschwert ist, so müßten wir leider auch hinsichtlich der Wiederherstellung oder Schaffung eines vernünftigen technischen Niveaus unserer Eisenindustrie von außen her noch schwere Hindernisse in den Weg gesetzt sein.

Im Interesse der Wiederanknüpfung guter Beziehungen auf uns zugehen werden. Zudem ist es der Auffassung, daß die — bescheiden ausgedrückt — Nachteile nicht von denen kommen, mit denen wir gegenseitige Beziehungen von hohem Wert wünschen. Die wenn jetzt auch geschilderte Überwindung der Forschung oder die Genehmigungspflicht auch für relativ unbedeutende technisch-wirtschaftliche Entscheidungen bilden aber immer noch Kristallisationspunkte für Spannungen. Wenn aber die Errichtung von Anlagen verzögert werde, die im Marshall-Plan ausdrücklich empfohlen werden, dann werden höhere Interessen verletzt. Verwaltung und Kontrolle dürfen uns in gesamt-europäischen Interessen nicht hindern, das durchzuführen, was wir aus technischen Gründen für den wirtschaftlichen Betrieb unserer auf Friedensproduktionen eingestellten Hüttenwerke als notwendig erkannt haben.

Im ganzen gesehen habe sich aber doch die Lage der deutschen Eisenindustrie gegenüber dem Stande des Vorjahres zusehends gebessert. Beim Übergang auf Vollbeschäftigung seien nun allerdings einige Mängel zutage getreten. Die Leistung unserer Werke beeinträchtigen. Er ging hierzu näher auf das Brennstoffproblem ein, das auch durch geringere Lagerhaltung als in früheren Jahren erschwert sei. Wenn auch die Finanzlage das vermindert mache, so würde sich aber sicherlich ein Weg der gegenseitigen Hilfe zwischen Zeche und Hütte gefunden haben, wenn diese eben nicht geschieden worden wären. Wenn es nicht gelänge, die tägliche Förderleistung im Bergbau auf 260 000 t zu bringen und wenn dazu nicht eine erhöhte Koksoxidation gestattet werde, dann sei eine Drosselung der Eisen- und Stahlherzeugung unvermeidlich.

Besonders Sorgen bereite der Stand unserer Anlagen, sowohl hinsichtlich des technischen Niveaus als auch in der Leistungsfähigkeit überhaupt. Vor allem die Walzwerksanlagen seien stark veraltet. Sie gehen, nachdem durch die Demontagen der neuesten Anlagen entwertet, im Mittel auf das Jahr 1912 zurück. Auch auf dem Gebiet von Hochöfen-, Stahlwerks- und Energiesanlagen habe ebenso mancher Nachholbedarf, so daß im Hinblick auf den Stand im Ausland die Frage sehr ernst gestellt werden müßte, ob wir in Zukunft überhaupt noch wettbewerbsfähig bleiben können.

Demgegenüber zeigten die Ausbaupläne der Marshall-Plan-Länder durchweg eine starke Erweiterung der Rohstoffkapazität im Durchschnitt auf mehr als 27%, bezogen auf die beste Vorkriegsleistung, während für die Stahlindustrie im Bereich der Bundesrepublik eine Begrenzung auf 11,1 Mill. t eine Verminderung der Vorkriegsleistung um 27% und selbst eine Erhöhung dieser Erzeugung auf 10 Mill. t Jahren-tönen nach einer Minderung um 18% betriebl. Daraus lassen sich entsprechende Aussagen auch über die Investitionsmittel, die im Rahmen der

Marshall-Planung zum Ausbau der westlichen Eisenindustrie vorgesehen sind. Welken an der Spitze liegt hier England mit einer Milliarde Dollar, im Folge Frankreich mit 600, Schweden mit 150, Österreich mit 110 und Norwegen einschließlich des Bedarfs für den Kragerbogen mit 43 Mill. Dollar.

Die deutschen Investitionsmittelverfügbarkeiten wurden bei der Begrenzung auf 11,1 Mill. t Rohstahl mit 250 bis 260 Mill. Dollar bemessen. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel einschließlich der noch beantragten belaufen sich aber zunächst auf nur 90 Mill. Dollar und lassen erkennen, welche Spanne hier noch vorliegt. Wenn auch das sich so abzeichnende Bild noch nicht verwirklicht ist, so bliebe doch guter Anlaß, für das kommende Jahr weitgehende einige entscheidende Schritte zu erwarten, die eine Lösung mancher Schwierigkeiten bringen können. Man dürfe z. B. die benötigte Hoffnung haben, daß die schon lange diskutierte und erwartete Neuordnung der Eisenindustrie nun doch recht bald positive Gestalt annehmen werde. Besonders zuträglich sei die Tatsache, daß die Mostanbauarbeiten, also Koks- und Eisen, zusammen mit den Gewerkschaften und der Bundesregierung in den Grundzügen der Neuordnung jetzt willige Zustimmung erteilt haben. Auch die dem Techniker geläufige Forderung einer engen Verbundwirtschaft zwischen Eisen und Koks werde dabei als Grundlage für die Organisation anerkannt. Wesentliche Bedingungen für die Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit werden damit erfüllt und damit auch die Voraussetzung für die Herabgabe zwingend notwendiger Kredite geschaffen.

Als weiteren Schritt von hervorragender Bedeutung, den wir in nächster Zeit zu erwarten haben, sei der Abschluß des Schuman-Planes, dem Kollegen von der Wirtschaftsvermittlung Eisen- und Stahlindustrie und seine Freunde von der Kohlennachfrage im ausdrücklich erklärten auf der Fertigstellung, daß die Grundindustrien Koks- und Eisen, den Gedanken des Schuman-Planes aufrecht und ohne Vorbehalt unterstützen. Wir seien in der endlichen Betriedung der Rivalitäten zwischen unseren westlichen Nachbarn und uns ein so erstrebenswertes Ziel, daß der Plan unter allen Umständen unter Dach und Fach gebracht werden müsse, selbst wenn er, wie wir wissen, allseitig gewisse Opfer fordere.

Völlige Gleichberechtigung der Industriellen Partner sei dabei selbstverständliche Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren des Planes. Wenn so der Schuman-Plan ohne jeden Vorbehalt in den grundsätzlichen Punkten unterzeichnet werde, so soll das nicht ausschließen, innerhalb des großen Rahmenwertes, das jetzt geschaffen werden soll, eingehende Überlegungen anzustellen darüber, wie die beschriebene Organisation durchzuführen sei. Er wolle in diesem Zusammenhang vor dem Aufbau einer übergeordneten Behörde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen nicht nur auf die Regierung selbst, sondern vor allem Dinge und im Schwerpunkt auf die Parteien-Industrien erstrecken möge. Über den Rahmen der Grundindustrien hinaus bliebe es Aufgabe, engere Zusammenarbeit auch auf das gesamte industrielle Leben Westeuropas auszustrecken, damit sich erst dann die Probleme der Rohstofflieferung, Munition, Typenherstellung usw. zur Beratung der Wirtschaftlichen und zur Hebung des Lebensstandards auch richtig auswirken könnten.

Selbstkritik an „Mansfeld“

Monatlang wußte die ostdeutsche Presse nur über gewaltige Erfolge in der Kupferförderung im Mansfelden zu berichten, über die Aufschließung neuer Erzfelder bei Bangerhausen, über die vorfristige Erfüllung der Lieferverträge von Schächten, über Aktivitäten der Bergarbeiter und Helden der Arbeit, über die Verleihung von Nationalpreisen usw. Nach am 1. September schrieb die Zeitung „Die Wirtschaft“ anlässlich der 750-Jahr-Feier in Mansfeld: „Die Kupfererzeugung der Mansfelder Werke hat sich im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 18% erhöht. Die Arbeitsproduktivität im Bergbau erhöhte sich auf 141%, die Selbstkosten wurden um 23% gesenkt.“

Auch wenn man es wie immer vermeint, konkrete Zahlen annehmen und die „Erfolge“ in breiten Wust von Propagandaphrasen entwickeln, schen ich gerade die Phrasen wegen für den naiven Rechner ein Bild steigender Erfolge abzeichnen. Um so mehr muß es erstaunen, wenn jetzt in einem umfangreichen Aufsatz in der „Täglichen Rundschau“ eine herbe Kritik an den Zuständen im Mansfelder Kupferbergbau geübt wird, und zugegeben werden muß, daß die Pläne nicht erfüllt werden. Hier wird ausnahmsweise einmal die Wahrheit gesagt, wenn auch vermutlich noch nicht die ganze Wahrheit. Einleitend wird festgestellt, daß die 1951 die Kapazität der Vorkriegszeit auf den Kupfererträgen erreicht werden soll. Gleich danach wird jedoch angegeben, „daß infolge einer ganzen Reihe von Mängeln die Erfüllung des Planes „behindert“ wird, und daß die Erfolge mit mehreren zehntausend Tonnen im Rückstand sei. Schuld daran ist die schlechte Organisation der Arbeit, die mangelnde Arbeitsdisziplin, die Feiertagsarbeiten, das regelmäßige Fernbleiben der Arbeiter, der Facharbeitermangel usw.“

Ein langatmiger Bericht über den Wettbewerb zur Steigerung der Qualität der geförder-

ten Erze klingt in die resignierte Feststellung aus, daß selbst die im Wettbewerb stehenden Brigaden, von den anderen ganz zu schweigen, höhere Leistungen von neuen Erzeinlagen haben. Die Qualität des Erzes verschlechterte sich im Juli bei drei Brigaden bei der Grube „Portschritt“ und bei je acht Brigaden in den Gruben „Vilthum“ und „Paul“.

Zur Erreichung und Überschreitung des im Plan vorgesehenen Standes ist man „erzählt“ an die Mechanisierung des Abbaus gegangen, obwohl, immer nach der „Täglichen Rundschau“ die ungenügende Versorgung der Gruben mit den dringend benötigten Materialien, wie Stahlschle, Schienen, Hölzer, Bohrrohr usw., ein bedeutendes Hindernis für die Erfüllung des Planes ist. Hierfür ist die Herabsetzung der Hüttenwerke und das Industrieministerium verantwortlich, die den notwendigen Rückfall erhalten.

Soweit es sich um die Sorge für den Menschen handelt, wird festgestellt, daß Wohnraum ein Engpaß ist. Die Regierung von Sachsen-Anhalt, die für den Bau von Wohnhäusern für die VVB Mansfeld verantwortlich ist, hat von 410 Wohnungen, die 1950 für die Bergarbeiter gebaut werden sollten, bisher keine einzige fertiggestellt. 180 allein stehende Bergarbeiter wohnen in Gemeinschaftshäusern „Friedrichsberg“, wo es strukturell und kalt ist, und wo die Gemeinschaftsverpflegung nicht klappt. Der Bedarf an Arbeitskleidung wurde nur zu 30% gedeckt. Arbeitschuhe erhielten die Bergarbeiter erst im September, wodurch sich die große Zahl von Verletzungen erklärt.

Der ganze Aufsatz in der „Täglichen Rundschau“ ist ein einziges Eingeständnis der Unzulänglichkeit bolschewistischer Planmethoden, bei denen es nicht möglich ist, sich nur die Vorkriegsleistung zu erreichen. Man wird also auch nicht bis 1951 erreichen. Diese Leistung unter der kommunistischen Ausrüstungswelt imperialistischer Regie und bei besseren Lebensbedingungen der Mansfelder Kumpel belief sich 1941 auf 1 Mill. t aufbereiteten Kupfererzschmelze mit einem Metallgehalt von 16 000 t Kupfer und 92 000 kg Silber, daneben lieferten die Hüttenbetriebe schwefelsäure, ferner 1300 t Blei, 3400 t Zink und kleinere Mengen an selteneren Metallen, so 91 t Nickel, 11 t Cadmium, 29 t Vanadium, 500 t Molybdän, 181 Selen- und etwa 100 kg Rhenium und Gallium. Solche erhebliche Mengen von Schlackenmaterialien. Es zeigt sich aber, daß auch Aktivitäten, Helden der Arbeit und Nationalpreisträger bei schlechter Ausstattung und Bekämpfung und bei dem Fehlen der nun einmal notwendigen Betriebsmaßnahmen, nicht in der Lage sind, wirkliche Produktionsenergie zu erzielen, die man dann mit Prozentangaben und einem Schwall von Propagandaphrasen einer stammenden Öffentlichkeit vorträgen muß. Gelegentlich, wie diesmal im Fall der „Täglichen Rundschau“ schießt aber die Wahrheit doch durch.

„The Germans to the front!“

Vor etwas mehr als fünf Jahren wurde Deutschland durch den Ansturm der Alliierten aus Ost und West zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen. Das Dritte Reich brach zusammen. Eine bessere, eine friedlichere Welt, entsprechend dem in der Atlantik-Charta der Alliierten förmlich verkündeten Grundgedanken sollte entstehen. Heute, nach nur wenig mehr als fünf Jahren nach Beendigung der Kampfhandlungen, sind wir von einer friedlichen Welt wieder entfernt denn je. Die Atlantik-Charta wird kaum mehr erwähnt. So unangenehm es auch empfunden werden mag, so besteht nunmehr kaum ein Zweifel, daß mit dem „größten Triumph der amerikanischen Außenpolitik“, wie Stalinus, der damalige Außenminister Roosevelts, das Ergebnis der Konferenz von Jalta bezeichnet, diese Charta und damit die Befriedigung der Welt gebrochen wurde. Es führt also ein gerader Weg von Teheran über Jalta und Potsdam bis zum Atlantikpakt, und an seinem Ausgangspunkt stand die, milde gesagt, naive Vertrauensseligkeit des amerikanischen Präsidenten und seiner Mitgeber. Wir wollen nur die Stelle aus den Memoiren Harry Hopkins, des intimsten Beraters Präsident Roosevelts, zitieren, die die damalige Auffassung der amerikanischen Teilnehmer an der Konferenz von Jalta wiedergibt: „Die Russen hatten den Beweis erbracht, daß sie vernünftig und west-schwend sein können, und es gab wieder für den Präsidenten noch für irgend jemand von uns einen Zweifel, daß wir mit ihnen leben und friedlich zusammenarbeiten können, und zwar für eine so lange Zukunft, wie wir immer ins Auge fassen konnten.“ Aus diesem geradem ekelhaften Irrtum resultiert letzten Endes die permanente Nachkriegskrise, entwickelte sich der kalte Krieg und nun der heiße in Korea, und es ist noch gar nicht abzusehen, ob er lokalisiert werden kann.

Was geschah aber in den letzten fünf Jahren im Herren Europa, in Deutschland? Jahrelang, ja noch bis in die jüngste Zeit, wurden die Abkommen mit den Sowjets, vor allem aber das Potsdamer Abkommen von den Westalliierten bis auf die 1-Tüpfelchen gewissenhaft erfüllt. Die USA sahen den Massenaustrreibungen von Deutschen tatenlos zu, sie hatten keine Handhabe eingegriffen, weil sie keine festen und bindenden Abmachungen getroffen hatten. Kein „Weltgewissen“ regte sich, als die belächelten Sieger aus der totalen Kapitulation Deutschlands das Recht zu ihrem unumschränkten Exzessen an der wehrlosen Bevölkerung ableiteten. Im ganzen Land begann man, den Militarismus auszuräumen. Wo einst die von aller Welt als unmoralisch und unmenschlich gebrandmarkten Nürnberger Gesetze erlassen wurden, dort wurde ein Tribunal errichtet und alle Soldaten als schuldig festgestellt, weil sie in Hitlers Armee gedient hatten. Die Ausschulung von Unteroffizieren oder gar von Offizieren an Berufsschulen und ihre Familien wurde verboten. Gleichzeitig wurde mit der Unterbrechung des deutschen Volkes zu friedfertigen, laienförmigen Demokraten begonnen. Das missionierte die Alliierten vor Augen hatten, und weder trappelt oder ungehalten sein, wenn dieses Volk sich schied, von heute auf morgen in eine alle „Unbegnadeten“ zu verfallen. Noch sitzen wegen dieser Unbegnadeten deutsche Soldaten in Gefängnissen, vielfach ohne überhaupt verurteilt worden zu sein. Man kann also die Demilitarisierungs-Propaganda im deutschen Volk, auch wenn die Zeit drängt, nicht so betreiben, wie die Welt für Kaugummi, eine erste bis gestern über Waren nun heute als ein vorzügliches Produkt hinstellt.

Das geschieht aber mit einer Unbekümmertheit, die geradezu grotesk wirkt. Sogar der frühere sozialistische Hauptkämpfer in Nürnberg, vor 1933 Minister im preußischen Innenministerium, findet es zweckmäßig, hier hofend einzugreifen. Er äußert in einem Brief, jeder militärisch geschulte Beobachter wisse, daß die Stärke der deutschen Armee in zwei Weltkriegen auf dem deutschen Lande beruhte „und nicht auf Generalen, die vom größten Strategen aller Zeiten Geschenke empfangen.“ Man staunt über den Mangel an Psychologie und über die Unkenntnis der deutschen Mentalität bei einem ehemals deutschen Ju-

rieten, die sich noch krasser darin zeigt, daß er die Ausrüstung einer Offiziersfrau: „Wenn der Russe nicht so ein Mistvieh wäre, müßten wir mit dem Russen gehen“ als „Weltanschauung“ der deutschen Offiziersklasse hinstellt. Es liegt jedoch viel näher, daß diese Frau über die Verurteilung ihres Mannes verärgert war, als sie diese Äußerung tat. Jedenfalls weiß der Labour-Abgeordnete Paget in dieser Situation, wo „die Zeit drängt“, bessere Worte zu finden. Er fordert die Rehabilitierung der deutschen Wehrmacht und die Freilassung verurteilter deutscher Soldaten. „Wenn man die richtigen Deutschen“, erklärt Paget, „für die westliche Verteidigungsmacht bekommen wollte, müsse man zunächst aufhören, die Armeen, in der sie gedient haben, als verwerflich zu behandeln. Nur in Deutschland gibt es Menschen, die die feste Zuversicht haben, daß sie die Russen schlagen können. Die Deutschen haben dieses Gefühl in sich, und eine europäische Armee ohne dieses Gefühl laugt nicht.“

Die Deutschen in der Bundesrepublik wissen sehr wohl, daß als eines Tages ihr Beitrag für die Sicherung des Friedens und für die Erhaltung ihrer Freiheit werden leisten müssen und damit auch für die Freiheit der westlichen Welt. Wenn sie aber schon aufgefordert werden, die Freiheit zu verteidigen, dann müssen sie naturgemäß selbst volle Freiheit besitzen. Trübsal läßt man aber dieses Volk von neuem fühlen, daß es ein besiegtes Volk ist und läghen wird es befehrt, daß das Besatzungsrecht noch immer über dem Grundgesetz dieses Volkes steht.

Wie gesagt, die Deutschen sind weder blind noch taub, sie sind aber arm, bettelarm, und haben schwer an dem allierten Erbe von Jalta und Potsdam zu tragen. Man kann von ihnen nicht mehr fordern, als sie bei allem guten Willen zu leisten fähig sind, wenn nicht das ganze Staatsgefüge ins Wanken geraten soll. Für das laufende Jahr hat die Bundesrepublik 4,5 Milliarden DM an Besatzungskosten aufzubringen, was darüber gebietet wird, kann nur durch noch größere staatliche Belastungen auf Kosten des Lebensstandards eingetrieben werden. Die alliierten Statistiker machen sich die Rechnung allzu leicht, die reinen Volkswirtschaften nach Maßstab der deutschen Leistungsfähigkeit, die wesentlich geringere oder gar keine Kriegsschäden erlitten haben. Die Bundesrepublik muß jedoch Millionen Heimatvertriebener unterstützen, und hat nicht zuletzt beträchtliche finanzielle Mittel für Berlin aufzubringen, alles Folgen von Jalta und Potsdam. Hierbei darf man nicht vergessen, daß vor einigen Wochen in der Bundesrepublik noch stürm demantiert wurde, um eine deutsche Aggression zu verhindern.“ Dieser man wohl etwas überhöhlte Satz prangt heute noch in der Präambel eines Freundschaftspaktes zwischen westlichen Nachbarn mit der Sowjetunion.

Wir hoffen, daß die westlichen Alliierten, insbesondere aber die Amerikaner, Verhältnisse für die außerordentliche Situation der Bundesrepublik aufbringen. Solange die hohe Generalität des Atlantikpaktes in Fontainebleau auf Lockharten fähnchen steckt und mehr Generäle und Admirale als Armeen, Divisionen und Schiffsflotten vorhanden sind, solange wäre man versucht, uns das härte Wort, eine Freiwildt, Deutschland zu remilitarisieren, angesichts von 300 einmarschierender und kampferproben belächelten Divisionen. Es ist ein schweres Verstoß, daß die westliche Welt aus der Entwicklung nicht rechtzeitig und entschlossen die Lehre zog, sondern sich noch vorgestern recht störrig damit beschäftigte, das deutsche Volk weiter zu entmännern, während der Kampf im Osten eine Vollstreckung nach der anderen aus der Taufe hob und sich die militärische Potential dieses Landes sicherte. Das deutsche Volk zieht heute aus den Erfahrungen der Vergangenheit Nutzen für die Zukunft, deshalb sollte man es ihm nicht verargen, daß es so gar keine Begeisterung zeigt, sich in die Gefahren eines neuen Nürnberg zu begeben. Noch dazu als je keinwegs feststeht, ob das nächste Kriegs-Tribunal sich gegebenenfalls in Hollywood oder in Dnepropetrowsk befinden wird.

Guter Wille — schlecht belohnt

Als der Ruf nach Waren allmählich strukturen begann und der Schrei nach Absatz immer lauter wurde, haben die ECK-Wirtschaftsexperten den Abbau der Handelsbeschränkungen gefordert. Ein Land mußte mit gutem Beispiel vorangehen, um die anderen mitzureißen. Selbstverständlich mußte die Bundesrepublik „ihren guten Willen“ zeigen und die Bremsen schlagen. Die Bundesrepublik liberalisierte also und die alliierten Experten gruben von Zeit zu Zeit ihren Balfall kundtun. Heute können wir auf einen längeren Liberalisierungsentscheid zurückblicken und müssen feststellen, daß die Bremsen, die wir da schlugen, mühsam, etwas zu groß ausgefallen ist. Je mehr man unseren guten Willen lobte, um so einseitiger wurde die ganze Liberalisierungsangelegenheit. Jetzt, wo wir notgedrungen die Importe etwas vorrücken handhaben wollen, fehlt es nicht an Drohungen. Wo bleibt aber der gute Wille der anderen Handelspartner? Darauf lassen wir ein neutrales Blatt, die schweizerische „Finanz und Wirtschaft“ antworten: „Die Importzölle dürften sich aller Wahrscheinlichkeit nach gegen jene Länder richten, welche Deutschland mit allen Möglichkeiten und unerschöpflichen Örtern versorgt haben, auf welche das deutsche Volk ohne weiteres sich verlassen kann. Geht man die deutsche Importliste etwas näher durch, so ist man nicht erstaunt, was alles herbeikommt bzw. hineingehoben wird. Nicht nur werden oft eigentliche Luxuswaren (französische Parfümeriewaren usw.), sondern sehr oft auch eigentliche Lebensmittel der Amerikaner, welche sonst nirgends mehr verkauft werden könnten, nach Deutschland geschickt. Daß sich hier die Besatzungsmächte nicht stark genug zeigen, solche Waren vom deutschen Markt fernzuhalten, spricht nicht dafür, daß man hier frei von jeglicher Korruption ist. Daß die rein politische Macht dann behält wird, einem beliebigen Volke Waren zweifelhafter Qualität und geringer Nützlichkeit „anzuhängen“, ist an und für sich eine Schande. Hier wird erst die Gewährung der vollen Autonomie an die deutsche Regierung Bundesrat schaffen können. Daß aber dunkle Geschäftsmänner die Autonomiegewährung mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen, liegt auf der Hand, bedeutet doch eine solche Wandlung sich ein Ende der Verschie-

Mannheimer Akte

in der Rheinschiffahrt wiederhergestellt

Die Rheintalschiffahrtskommission, die von 25. bis 28. Oktober ihre Turnusbesprechungen hielt, hat ihren Wirtschaftsausschuß beauftragt, umgehend und in engen Kontakt mit den Schiffahrtswesen aller Überstaaten Mittel und Wege zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise in der Rheinschiffahrt zu prüfen.

Die Kommission befaßte sich erneut mit den Beschwerden, die von der Rottemmer Handelskammer und der Badler Vereinigung der schweizer Schiffahrt über Verordnungen gegen die Mannheimer Akte vorgebracht worden sind. Sie stellte fest, daß die von einigen Staaten getroffenen Maßnahmen nicht den Grundgedanken entsprechen, nach denen die Mannheimer Akte bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges gehandhabt wurden ist.

Die Delegierten aller Mitgliedsstaaten der Rheintalschiffahrtskommission haben im Verlaufe der Konferenz den Willen ihrer Regierungen bestätigt, die Grundzüge der Freiheit und der Gleichberechtigung in der Rheinschiffahrt in vollem Umfang wiederherzustellen. In dem von der Kommission herausgegebenen Schlußkommuniké wird betont, damit sei die Phase der Rechtsunsicherheit, welche in letzter Zeit die Entwicklung der Rheinschiffahrt sehr ungünstig beeinflusst habe, abgeschlossen.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERBAND GmbH, Karlsruhe, Vöhringstraße 35, Telefon 5884, Herausgeber und verantwortl. O. van Raay, Karlsruhe, Zuständiges Verlagsamt Erlangen-Regensburg, Regensburg-Verlagsdruckerei G. — DM monatlich Zuständiger Abzugenschein: Karlsruhe, Vöhringstraße 35, zur Zeit im Anzeigenvertrieb Nr. 3 Gültig: Berliner Verlag — Verleger: Erich Pösch, Berlin-Charlottenburg 4, Lottoweg — Straße 66, Tel. 87 66 23, Satz und Druck: Beudruck GmbH, Karlsruhe.

Gedanken zur Landtagswahl

Von Adolf Samwer, Spitzenkandidat der Deutschen Gemeinschaft (DG-BHE) für den Kreis Karlsruhe-Stadt

In unserer Ausgabe zur Volksbefragung zur Südwahlfrage haben wir mehrere namhafte Persönlichkeiten eingeladen, um ihre Gedanken zu den wirtschaftlichen Entwicklungen unserer Überregion und besonders zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Südwahlgebietes zu äußern. Wir lassen auch die Überlegungen der Landtagswahl die zu dieser Frage positiv eingestellten Wahlkandidaten zu Wort kommen. Wir bringen in der heutigen Ausgabe die Ausführungen des Spitzenkandidaten der „Deutschen Gemeinschaft — Bund der Heimatvertriebenen und Entschiedenen“, A. Samwer, und in der nächsten Nummer unseres Blattes eine Stellungnahme des Spitzenkandidaten der CDU im Wahlkreis Karlsruhe, Oberbürgermeister Dr. Fr. Wörber.

Meine Parole in der Frage Südwahlfrage oder alte Länder Baden und Württemberg heißt: Für Baden, aber nicht gegen Württemberg! Der Deutsche ist leidlich für das Größere begeistert. Ich sehe in dem Größeren das einheitliche Deutschland und das vereinte Europa. Auf der innerdeutschen Landesebene handelt es sich mehr darum, über Jahrhunderte hin zusammengegangene Staatsgebiete mit ihren landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bindungen aus Historie, Wirtschaft und Kultur zu erhalten und zu entwickeln. Der Mutterboden ist heilig und deshalb die Liebe zur Heimat eine Selbstverständlichkeit. Der Mensch darf nicht nur Materialist sein, sonst nimmt er Schaden an seiner Seele. Deshalb erkenne ich an, daß der Badener ein Anrecht auf die Liebe zu seiner badischen Heimat hat. Falische Appelle an die Heimatvertriebenen, daß nur ein Südwahlgebiet die Heimat in die alte Heimat sichere, sind zu verworfen, weil doch jeder vernünftige Mensch, daß es sich hier um eine so große Frage handelt, daß weder Südwahlgebiet noch Baden oder Württemberg sie lösen können, sondern allein eine internationale Regelung das vernünftige Recht wiederherstellen kann. Baden ist ebenso wenig nur eine Schwäbische Nipponia wie Württemberg. Die Struktur dieser Länder hätte sich ohne Fürsten und deren Erbfolge diese Staaten in etwa gefürmt. Dies gilt insbesondere für Baden, das im wesentlichen durch den Rheinstrom und das Rheintal bestimmt ist.

Wirtschaftlich gibt es keine Grenzschleife im Südwahlgebiet, so daß der Südwahl nicht notwendig ist, und finanziell ist der Ausgleich — gerade in Baden mit seinem Tabak und Wein — am besten im Bundeshaushalt zu regulieren.

Die großartige Rheinregulierung leitete der Badener Tulla, der wie Weinbrenner zu den zeitlichen Schöpfern des großen Ansehens der Technischen Hochschule in Karlsruhe, der älteren Deutschlands, zählt. Diese Gründung ist ebenso wie die Entwicklung der Universitäten in Heidelberg und Freiburg ein Hauptstück der badischen Staatstiftung.

Nach 1870 blühte Baden als Verbindungsland zum Meer auf. Nach der Niederlage des ersten Weltkrieges trat rasch ein Stillstand in der wirtschaftlichen Entwicklung Badens ein, aber nicht etwa wegen der Unfähigkeit der Badener, sondern aus rein militärpolitischen Gründen, da das Rheintal das Glied der deutschen Verteidigung im Westen wurde. All diese Nachteile nahm Baden für die deutsche Sicherheit in Kauf, während das schwäbische Nachbarland aus dieser Situation großen wirtschaftlichen Nutzen zog, ohne daß etwa Baden ihm deshalb einen Vorwurf hätte machen dürfen.

Jetzt durchleben wir die Geburtswehen der Vereinigung Europas. Alle Getriebenen hoffen, daß das vereinte Europa nach Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zur Förderung der abendlichen Kultur entsteht. Dann wird der Rheinstrom künftig keine Trennungslinie der Völker mehr und links von Rhein sein, sondern eine Völkerbrücke. Der Rhein wird nicht mehr als bisher ein Verkehrsweg erster Ordnung werden. Neue Industrien werden sich dort ansiedeln, die sich nach den besten und billigsten Verkehrswegen richten. Da-

zu kommt, daß Baden über bedeutende Elektrizitätswerke aus der reichen Wasserkraft des Landes verfügt und noch erheblich fortpflanzen kann; auch die neuen internationalen Verkehrsweg auf der Schiene nach West und Süd sind für die exportierende Industrie von Vorteil. Kurz, das Rheintal und damit Baden hat — wirtschaftspolitisch gesehen — große Zukunftsmöglichkeiten.

Bisher hat Baden jahrhundertlang viel investiert und wenig Vorteil davon gehabt. Nun aber wird die Zeit anbrechen, die für Baden Chancen enthält, und das ist es verständlich, daß die Badener — schon als Pfleger für die Vergangenheit — dann auch selbst kassieren wollen.

Der schwäbische und der badische Volkscharakter und die daraus entwickelten landwirtschaftlichen Kulturen sind grundverschieden. Die Schwaben sind starrer und massiver, aber auch die Badener sind fleißig und standhaft. Ein Südwahlgebiet mit 10 bis 15 Millionen und der zentralistischen Metropole Stuttgart ist auf die Dauer eine Gefahr für den Bestand und die Entwicklung der badischen Kultur. Man kann sich leicht vorstellen, wie die Schwaben die Badener mit der Zeit völlig unterkriegen würden. Man denke nur an den Stadtkern in Stuttgart, wo schwäbisches Volkstum alles andere auf diesem Kulturgebiet überstülpt, und das zu einer Zeit, wo man sich davor noch zu scheuen und das badische Volk bemüht. Das soll kein Vorwurf sein. Es zeigt nur die Kraft des schwäbischen Kulturlebens, das sich auch im Punkt natürlich ausbreiten kann.

Der Rhein wird zukünftig die Völkerbrücke sein. Man sehe sich nur die Menschen auf beiden Ufern, z. B. in Freiburg und Konstanz, in Offenburg, im Hegau, in Kehl und in Straßburg oder in Basle und in Haguenau an. Überall sitzen Menschen des gleichen Volkstammes, die häufig noch verwandtschaftlich verbunden sind. Wenn Europa zusammenwachsen soll, muß die Zeit des Hasses hüten und drüben endgültig überwunden werden, ebenso wie die gegenseitigen Versuche der wirtschaftlichen Beherrschung des einen durch den anderen.

Paire Zusammenarbeit zum Wohle beider Völker kann nur das Ziel der künftigen Entwicklung sein, die sich in ihren Anfängen zeigt, und hoffentlich durch Großzügigkeit und Güte an Stelle von Rachsucht und Haß geändert wird, damit diese große Gelegenheit der endgültigen Vereinigung und des Zusammenwachsens Europas nicht verpaßt wird. Hierzu werden den Grenzländern wichtige Verbindungsaufgaben erwachsen. Ich halte den massiven Schwaben für diese delicate Aufgabe für ungeeigneter und meine, daß die Verwendung von hiesigen und drüben von Rhein, die Badener und die Elässer, die geeigneteren Männer für diese europäische Aufgabe sind.

Nach der Volksbefragung, die eine kleine, aber nach den demokratischen Spielregeln entscheidende Mehrheit für die Wiederherstellung des alten Landes Baden brachte, wurden allerlei Rechenskunststücke in die Welt gesetzt, nach denen hohe Prozentzahlen der Bevölkerung sich angeblich für den Südwahlgebiet entschieden hätten. Diese Rechenskunststücke waren immer unfair, weil alle württembergischen Stimmen einfach mit den nordbadischen zusammengerechnet

wurden. Es hätte keiner Volksbefragung bedürft, wenn man nur hätte wissen wollen, ob Württemberg Baden einstecken will. Es kamte nur der Sinn der Volksbefragung sein, die Stimmen innerhalb der alten Landesgrenzen Baden und Württemberg zu zählen.

Der badische Staat hat sich rund 150 Jahre finanziell getragen und ist hierzu in Verbindung mit der Bundesrepublik auch künftig in der Lage. Er hat sich früher dank seiner sparsamen und guten Verwaltung in ganz Deutschland, sogar im streng kritischen Preußen, den Namen des „Musterlandes“ erworben. Ein Name, der nicht ironisch, sondern mit Achtung gebraucht werden kann.

Die Bindung der beiden Stämme Alemannen und Franken ist während der rund 150 Jahre badischer Geschichte bestens gesichert. Dabei

Mineralölbedarf wird stärker steigen

Über die Aufgaben der im Bundesgebiet tätigen Mineralölfirmen gab kürzlich das Vorkommnismitglied der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft (DAG), Dr. A. Eckardt, Hamburg, einen Überblick, der sich mit den grundsätzlichen Fragen der Mineralölversorgung Westdeutschlands befaßt. Wir geben hier einen Auszug aus diesen Darlegungen.

Gelegentlich der Eröffnung eines East-Größt-Lagerlagers in Minden/W. gab das Vorkommnismitglied der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, Dr. A. Eckardt, Hamburg, einige grundsätzliche Darlegungen zur Lage und über die Zukunftsmöglichkeiten der Mineralölindustrie im Bundesgebiet. Bei der erheblichen Zunahme der Produktivität in der Industrie und der Landwirtschaft Westdeutschlands müsse, — so sagte Dr. Eckardt, — mit einem ständig zunehmenden Verbrauch von Treibstoffen, Schmierstoffen, Bitumen und einer Reihe anderer Ölzeugnisse gerechnet werden. Man veranschlage den Mineralölverbrauch im Bundesgebiet nach Abschluß des Marshall-Plans (30. 6. 54) auf rund 4,5 Mill. Jahres tonn, das sei etwa ein Fünftel mehr als im Jahre 1950. Es sei aber durchaus möglich, daß bei gleichem Fortgang unserer wirtschaftlichen Entwicklung auf Grund einer engeren westeuropäischen Zusammenarbeit der Bedarf der deutschen Wirtschaft an Mineralölen die vorgenannte Zahl noch erheblich übersteigen könne. Im Jahre 1949 seien im Bundesgebiet 2,5 Mill. t Mineralöl-erzeugnisse verbraucht worden. Für die Mineralölversorgung Westdeutschlands ergäben sich einige grundsätzliche Probleme: Deutschland sei ein Land, das von jeher in der Mineralölversorgung von der Einfuhr abhängig war. Vor dem Kriege wurde der überwiegende Teil der in Deutschland verbrauchten Mineralölzeugnisse als Fertigprodukt eingeführt. Eine Ausnahme bildete lediglich das Bitumen, das auch damals bereits in einigen Raffinerien in Hamburg-Harburg aus importierten Rohölen hergestellt wurde. Die Einfuhr von Mineralöl-Fertigprodukten sei schrittweise für die deutsche Volkswirtschaft belastend, wenn sich auch gelegentlich durch zweifelhafte Abkommen, u. a. Tankerabkommen auf deutschen Werften für ausländische Redereien, gewisse Möglichkeiten böten, die Beanspruchung des deutschen Devisenkurses in dieser Hinsicht etwas herabzumindern.

Während es sich jedoch früher bei der Devisenklammer um eine mehr strukturelle finanzielle Belastung der deutschen Volkswirtschaft gehandelt habe, sei die Devisenklammer der deutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg geradezu als strukturelles Mangelerscheinung anzusehen. Man habe deshalb versucht, wie auch in anderen westeuropäischen Staaten, die sich in einer ähnlichen Lage befänden, grundsätzlich bei der Mineralölversorgung Westdeutschlands einen anderen Weg zu beschreiten. Dieser Weg heiße Verlagerung von der Einfuhr von Fertigprodukten auf den Import von Rohöl und

auf die Verarbeitung von Rohöl in eigenen Raffinerien in Westdeutschland. Das aber sei nicht weniger als eine grundlegende Strukturveränderung in der westdeutschen Mineralölindustrie, die Entschluß der Kernminister der Pariser OEEC-Verhandlungen über die Sicherstellung der Ölversorgung Westeuropas geföhrt. Man sei noch einem Schritt weiter gegangen, und habe ebenfalls aus Gründen der Devisen-ersparnis versucht, allmählich wieder eine eigene deutsche Tankerflotte aufzubauen. Allerdings beständen hier wegen der Begrenzung der Tanker-Aktienmenge auf höchstens 10.000 BRT und der für Tanker-Neubauten auf 1200 BRT Höchstzulasse, den Öltransport so rational zu bewerkstelligen, wie es anderen seefahrenden Nationen möglich sei. Innerhalb der Grundlinie für eine Devisen-ersparnis, eigene deutsche Tankerflotte aufzubauen, ginge es aber nicht ohne die Beschäftigung der heute noch dem nationalen Übertransport von Mineralöl für deutsche Importeure im Wege stehenden, mit der Zeit verschwinden würden.

Im Kriege seien erhebliche Schäden in den westdeutschen Raffinerien entstanden, so daß die Kapazität der bei Kriegsende noch arbeitsfähigen Raffinerien etwa auf 1,5 Mill. t Rohöldurchsatz im Jahr reduziert gewesen sei. Zwar seien inzwischen die Raffineriekapazitäten wieder erheblich größer geworden, doch bestünde es noch großer Investitionen, um die Treibstoffversorgung Westdeutschlands bis zum Abschluß des Marshall-Plans auf die benötigte Höhe von rund 4 Mill. t Rohöldurchsatz im Jahr zu bringen. Man sei auch bemüht, die Qualität der Mineralölprodukte zu heben und neue Produkte zu entwickeln. Bei Schmierstoffen könnten die in Westdeutschland tätigen Ölgesellschaften bereits heute wieder Spitzenleistungen anbieten, die qualitativ durchaus dem internationalen Standard gleichkommen. Für die Verbesserung der Benzinqualität, insbesondere der Hebung der Klopfintensität des Benzins seien Vorarbeiten im Gange, die sich unter anderem auf die Modernisierung und die Erweiterung der Crack-Anlagen erstrecken.

Schließlich müsse noch eine Rationalisierung bei den drei hauptsächlichsten Transportarten im Bundesland zum Transport ihrer Produkte zu den Verbrauchsstellen beitragen, nämlich der Binnenschifffahrt, der Eisenbahn und der Tank-Kraftwagen. Ein reibendes Zusammenwirken dieser drei Verkehrsträger in einer einheitlichen Anpassung an die wachsenden Aufgaben, die nun einmal die moderne Volkswirtschaft in zentraler Lage stellt, sei eine der weiteren Aufgaben, die zwar nicht allein von der Mineralölindustrie gelöst werden könne, für die sie sich aber in Zusammenarbeit mit den genannten Verkehrsträgern einsetzen würde, um auch hier das ihre zur Motorisierung und zur billigen Versorgung der Kraftfahrer mit Betriebsstoffen beizutragen.



Wissenschaftler erarbeiten den Vorsprung

Den SHELL-Forschungszentren in aller Welt werden alljährlich Millionen-Beträge zugewendet. Kleine Städte der Wissenschaft sind so entstanden.

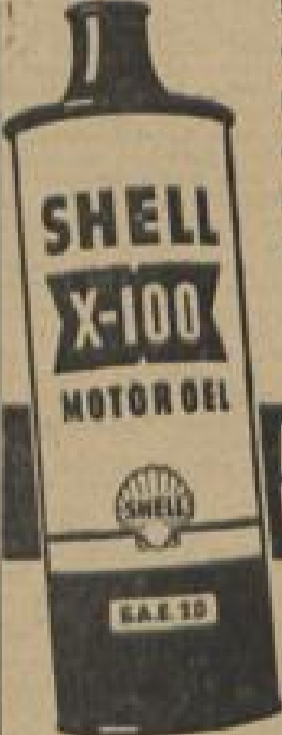
Das Ergebnis rechtfertigte den Aufwand: SHELL X-100 hat der Schmiertechnik völlig neue Wege gewiesen.

Ganz besonders ausgewählten Grundölen wurden veredelnde Wirkstoffe (Additive) beigemischt, die diesem Öl bisher nicht gekannte Eigenschaften verliehen.

SHELL X-100 schützt vor der gefährlichsten Kaltkorrosion, reinigt den Motor und sichert ihm eine stets gleichbleibende Leistung.

hält den Vorsprung

Wissenschaftler erarbeiten den Vorsprung



Berliner Brief: „Berliner Absatzorganisation“

Eine wichtige Neugründung in Westberlin — Unbesahnte Handwerker und ein Kartoffelkandal in Ostdeutschland

Seit etwa einem Vierteljahr ist in Berlin eine neue Organisation, die B.A.O., die Berliner Absatz-Organisation, tätig, die im Hause der Berliner Industrie- und Handelskammer in der Passauerstraße 7-8 ihren Sitz hat. Es handelt sich hier um den Aufbau einer völlig neuen Organisation, deren Wirken für die Westberliner Wirtschaft von der größten Bedeutung werden wird, und die geeignet ist, Westberlin in seiner wirtschaftlich durch politische Gegebenheiten außerordentlich schwierigen Lage wirksam zu helfen.

Bei der Gründung dieser Organisation ist man völlig neue Wege gegangen. Es waren hierbei Vertreter der Industrie, der Handwerks und Handels, des Magistrats, die Handelskammer in der Passauerstraße 7-8 ihren Sitz hat. Es handelt sich hier um den Aufbau einer völlig neuen Organisation, deren Wirken für die Westberliner Wirtschaft von der größten Bedeutung werden wird, und die geeignet ist, Westberlin in seiner wirtschaftlich durch politische Gegebenheiten außerordentlich schwierigen Lage wirksam zu helfen.

Diesem Präsidium steht ein beratendes Komitee zur Seite, das aus drei Offizieren der westlichen Besatzungsmacht besteht. Ein deutsches Beratungskomitee umfaßt Vertreter des Magistrats, der Zentralbank, der Industrie- und Handelskammer von Berlin. Ferner sind vertreten Direktor Borne von Scheeringe, der besonders den Export nach den Dollarländern betreut, H. Schilde vom Handel (Hauptkredit B. G.), dessen Aufgabengebiet die Wirtschaftskontrollen sind, Direktor Brandes von der bekannten Maschinenfabrik Fritz Werner, dem der Absatz nach Westdeutschland als Aufgabe zugewiesen wurde.

Interessanterweise kommen, hat der Wirtschaft Westberlin außerordentlich Schaden zugefügt, deren Kapazitätsauslastung noch weit hinter der des Westens zurückbleibt. Diese Verhältnisse haben außerdem dem Westen Deutschlands recht beträchtliche finanzielle Opfer auferlegt, die den Urdellen weiter Krise in Westdeutschland erregt haben. Dabei wäre es viel einfacher, Aufträge aus Westdeutschland nach Westberlin zu legen, und die hier vorhandenen Kapazitäten und Facharbeiter sinnvoll einzusetzen.

Westdeutschland hat sich bisher weitgehend geschont, einen solchen Weg einzuschlagen, weil man offenbar befürchtete und auch heute noch befürchtet, daß sich bei der Abwicklung solcher Aufträge Schwierigkeiten ergeben könnten. Es muß einmal deutlich den Kreisen in Westdeutschland, die mit Transportchwierigkeiten und anderen Behinderungen rechnen, gesagt werden, daß sich der Warenverkehr über die Zonen Grenzen vollständig reibungslos abwickeln, sofern die nun einmal vorhandenen Bestimmungsgüter genau eingehalten werden, und soweit man darauf verzichtet, den Internatverkehr zu unerlaubten Manipulationen, zu Schmuggelgeschäften usw. zu mißbrauchen. Gewiß ist es traurig, daß Jahre nach dem Krieg immer noch Zonen Grenzen den innerdeutschen Handel und die Wirtschaft mit einem Papierkrieg von besonderem Ausmaß belasten, doch sollte das kein Grund dafür sein, daß sich westdeutsche Kreise, einschließlich der Bundesbehörden, vor einer Aufgliederung nach Westberlin scheuen. Berlin bleibt vor dem Krieg, um nur zwei der wichtigsten Industriezweige zu nennen, eine bedeutende Stellung in der deutschen Elektroindustrie und im Isoliergewerbe. In beiden Fällen, und in anderen ebenfalls, stehen ungenutzte Kapazitäten und ein Stamm von Facharbeitern zur Verfügung, die nur darauf warten, Aufträge zu erhalten.

Hier will man die B.A.O. vermitteln. Sie leitet Anfragen an Hersteller in Westberlin weiter, vermittelt bei Subventionen, berät die Westberliner Industrie in Fragen des Preises und Geschmacks bei Aufträgen usw. Ihr Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit anderen Stellen unter Einsatz von ERP-Mitteln die Arbeitslosigkeit in Westberlin auf einen Stand zu drücken, daß man praktisch von einer Beseitigung sprechen kann. Das Ziel, 150.000 Facharbeiter wieder in Arbeit zu bringen, sollte erreicht werden, wenn sich der Westen entschließt, entsprechende Aufträge nach Westberlin zu legen.

Darüber hinaus ist die B.A.O. zur Zeit aber bemüht, eine Auslandsorganisation auf die Beine zu stellen, um der Westberliner Industrie

auch Auslandsaufträge zu vermitteln, die vor dem Krieg einen bedeutenden Teil der Berliner Arbeiterschaft beschäftigten. Gerade die Pflege der Auslandsbeziehungen ist besonders wichtig, denn hier sind die durch den Krieg hervorgerufenen Störungen am nachhaltigsten. Selbst große Firmen können es sich heute noch nicht erlauben, sich durch einen eigenen Vertreter in Übersee um die Wiederanknüpfung ihrer Beziehungen oder die Schaffung neuer Absatzmöglichkeiten zu bemühen. Hier scheidet sich die B.A.O. ein. So hat sie z. B. in London ein Büro, das mit englischem Personal besetzt ist, und das den Kontakt mit den englischen Behörden, der Wirtschaft und den Ländern des englischen Weltreichs pflegt. Es ist vielleicht überraschend für die Westberliner, wenn sie erfahren, daß in den letzten acht Wochen 61 sehr umfangreiche Aufträge in die B.A.O. weitergeleitet wurden. In Paris soll in Kürze ein gleiches Büro eröffnet werden, und die Schaffung von Büropunkten in anderen Ländern ist geplant. In den USA arbeitet die B.A.O. mit dem Dollar Drive Bureau der Bundesregierung zusammen, so daß sich allmählich eine internationale Organisation aufbauen wird, deren Wirkungsmöglichkeiten schon heute sehr hoch eingeschätzt sind.

Daß Berlin wieder zu seiner alten Geltung als Ausstellungsort zurückfindet, ging aus den Ausführungen des Leiters der Berliner Ausstellungen, Direktor Wismer, hervor. Die vorbereitenden Arbeiten für die Erweiterung der Ausstellungsplätze sind in vollem Gange. Der Leiter der Westberliner B.A.O., Dr. Lecher, hat, im Auftrag der Westberliner B.A.O., ein Buch über die B.A.O. geschrieben, das in der B.A.O. erhältlich ist. Es enthält eine ausführliche Darstellung der Aufgaben der B.A.O. und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Westberlin zu ergreifen sind.

Wir berichten vor einiger Zeit bereits über die schleppende Beziehung der Handwerker in Ostdeutschland. In Feldkirch bringt jetzt die Nationalausstellung eine Meldung, die sich Bahnhöfen für die RDP ist. Der Minister für Arbeit, Dr. Lecher, hat, im Auftrag der Westberliner B.A.O., ein Buch über die B.A.O. geschrieben, das in der B.A.O. erhältlich ist. Es enthält eine ausführliche Darstellung der Aufgaben der B.A.O. und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Westberlin zu ergreifen sind.

Das verhängnisvolle Glasstück der Berliner Platzwahl ist die Kartoffelkandal. Der gegenwärtig die Gesundheit in Berlin bedroht. Trotz einer glänzenden Krise ist, wie die „Tägliche Rundschau“ schreibt, die Kartoffelversorgung der Ostberliner Bevölkerung „geplant“. Die Bevölkerung wurde wie üblich seit Hitlers Zeiten zur Mühseligkeit, natürlich ehrenhalber, aufgefordert, und die „Tägliche Rundschau“ trägt: „Wer sind die Fachleute für Verengungsplanung?“ Einige Tage später gibt Frau Anne

Schwedens Exportoffensive in Westeuropa

In der geographischen Zusammenfassung des schwedischen Außenhandels haben sich in diesem Jahre die folgenden wesentlichen Veränderungen ergeben:

Schwedens Außenhandel nach Ländern und Ländergruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	1949	1950	1949	1950
	(Jan.-August)	(Jan.-August)	(Jan.-August)	(Jan.-August)
Europa	1843	2043	1947	2026
Japan				
Großbritannien	477	782	454	497
Dänemark, Finnland, Norwegen, Island	330	365	454	606
Frankreich	138	238	119	158
Benelux-Gruppe	330	312	305	276
Italien	61	111	44	62
Spanien	19	30	10	22
Westdeutschland	179	253	148	210
Schweiz	54	59	36	45
Finnland	144	132	87	88
Tschadewakel	63	78	66	61
U.S.S.R.	8	11	44	64
Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Türkei	43	36	35	19
Türkei	14	13	18	17
Amerika	660	601	323	343
Japan				
Ver. Staaten	367	347	118	108
Argentinien	83	126	47	52
Brasilien	75	117	72	144
Afrika	139	134	82	142
Südafrik. Union	73	78	35	58
Asien	180	228	182	147
Japan				
Indien, Pakistan, Ceylon	48	58	57	47
Australien	54	67	65	82
Summe	2778	3138	2561	3148

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß sich die Ergebnisse der schwedischen Exportoffensive auf westeuropäische Länder beziehen. Von der wertmäßigsten Gesamtbeziehung der Ausfuhr um ca. 800 Mill. öKr. entfallen nicht weniger als rund 350 Mill. öKr. auf die OECD angeschlossene Länder einschließlich der Beitrittsländer. Am stärksten war die Exportzunahme nach Westdeutschland, welches nunmehr endgültig wieder an die zweite Stelle unter den schwedischen Absatzmärkten nach Großbritannien gerückt ist. Die Zunahme der Ausfuhr nach Westdeutschland erscheint nominell sehr stark, auf nicht devalvierte Währung umgerechnet beträgt sie indessen nur ca. 7 Mill. Dollar.

EZU-Überschuss im ersten Quartal

Für den ersten Abrechnungszeitraum 1. Juli bis 30. September 1950 innerhalb der Europäischen Zahlungsunion (EZU) ergab sich für Schweden ein Überschuss von 29 Mill. öKr., der im letzten Reichsbankensystem für die dritte Oktoberwoche unter dem Posten „sonstige ausländische Guthaben“ ausgewiesen wird. Die Devisenreserven der Reichsbank sind im Bericht...

Änderungen in der englischen Exportkontrolle

Auf Grund einer Verfügung des britischen Handelsamtes treten mit Wirkung vom 23. Oktober 1950 folgende Änderungen in der britischen Exportkontrollverordnung in Kraft. Für die Ausfuhr der folgenden Waren nach allen Ländern sind in Zukunft Exportlizenzen erforderlich bei bestimmten Arten von gebrauchtem Eisen und Stahl, Hülsen und Ventilen aus rostfreiem Material, Mehrschichtblechen und -Taschen aus Kraftpapier, verschiedenen Chemikalien und einigen Typen von Vakuum-Pumpen. Der Lizenzierung unterliegt ferner die Ausfuhr der folgenden Waren nach anderen Ländern als dem Commonwealth und den Vereinigten Staaten: Eisenbahn-Tankwagen und Zisternen-Wagen, Straßenfahrzeuge mit geringer Tragfähigkeit, bestimmte Radier- und Elektroartikel und deren Bestandteile, einige Chemikalien. Für die Ausfuhr der folgenden Waren werden keine Exportlizenzen benötigt: Senfzart, Wolle, Wachs, Öl, -Nüsse und -Kerne (mit einigen Ausnahmen) und bedrucktes Papier sowie Papp. Die für den Versand von Geschenkpaketen geltenden Bestimmungen sind abgeändert worden, um die Ausfuhr von wissenschaftlichen Apparaturen als Geschenkpaket zu verhindern.

ECA will Ansprüche Englands auf ERP-Hilfe überprüfen

Die Marshallplanverwaltung in Washington gab am 31. Okt. bekannt, daß mit der britischen Regierung ein Übereinkommen erzielt worden sei, die künftigen Ansprüche Großbritanniens auf Marshallplanzuschüsse einer Überprüfung zu unterziehen.

Marshallplan-Administrator William Foster deutete an, daß eine Verlagerung der amerikanischen Dollarhilfe für Großbritannien auf dem Budgetsektor erfolgen könne. Foster teilte mit, er habe die britische Regierung darauf hingewiesen, daß eine Überprüfung der künftigen ECA-Leistungen für Großbritannien „sinnvoll“ sein werde. Die gegenwärtige Aufstockung der britischen Goldreserven könne sich als vorübergehend erweisen. Die von Großbritannien übernommenen Rückzahlungen könnten eine „Dollar-Rendite“ erfordern machen. Die Vorkehrungen für die Dollarhilfe an Großbritannien würden von der ECA „sinnvoll“ gehalten werden, um den wechselnden Bedingungen anzupassen zu können. Es läge nun daran, die für vor, daß die Erhöhung der britischen Goldreserven zum Teil auf amerikanische Aufkäufe von Sterling-Devisen zurückzuführen sei.

Demnach der amerikanischen Marshallplanverwaltung erklärten dazu, es sei wahrscheinlich, daß die britisch-amerikanischen Beziehungen sich zu einer wesentlichen Verringerung des Umfangs der Marshallplanzuschüsse an Großbritannien führen würden. In Washington wird sogar mit der Möglichkeit gerechnet, daß es zu einer Einstellung der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Großbritannien zugunsten der Beihilfeschüsse kommen könnte.

Neue Liste der lizenzfreien Importwaren

Mit Wirkung vom 1. November ist die Liste der Waren, die ohne Lizenz nach Großbritannien importiert werden können, erweitert worden, teils das britische Handelsamt mit Neu auf...

rechtsbedeutend um 42 Mill. öKr. auf 1080 Mill. öKr. zurückgegangen.

Exportabgaben erschweren Verhandlungen mit England

Die geplanten schwedischen Exportabgaben auf Holzveredelungszeugnisse dürften die schwedisch-britischen Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag für 1951, die am 7. November in London beginnen, wesentlich komplizieren, erklärt VVD von maßgebender Seite. Wie sich aus Erklärungen der britischen Presse entnehmen läßt, haben die Exportabgaben in britischen Einfuhrkreisen allenthalben auf starke Ablehnung. Von Interesse ist ferner, daß sich seit dem vorigen Jahre die Verhandlungssituation dadurch sehr entscheidend verändert hat, daß die schwedischen Pfand-Guthaben auf weniger als die Hälfte zurückgegangen sind. Der früher relativ große Spielraum für eine höhere schwedische Einfuhr aus Großbritannien, welche aus den Pfand-Beständen leicht bezahlt werden konnte, ist erheblich zusammengebrochen. Fachkreise rechnen infolgedessen damit, daß Schweden in Bezug auf seine künftigen Warenexporte eher viel zurückhaltender werden dürfte als bisher.

Holzexport stark gestiegen

Der schwedische Export an gesägtem und behobelnem Holz ist im Januar-August auf 400.000 Mts. gestiegen gegenüber nur 300.000 Mts. im gleichen Zeitraum 1949. Bemerkenswert ist, daß sich die Verarbeitungen jetzt wieder auf die Frühjahr- und Sommermonate verlagert haben, ebenso wie dies in der Vorkriegszeit normaler Weise der Fall war.

Preise am Zellulose-Exportmarkt

Die Preissteigerungen für schwedische, nach den Vereinigten Staaten bestimmte Zellulose für Lieferung im letzten Quartal d. J. stellen sich für gebrauchte Zellulose auf 180-185 Dollar per t und für Starkulose und -sulfit auf 135...

Weltbank gewährte eine Mrd. Dollar Anleihen

Die bisher von der Internationalen Wiederaufbaubank an 19 Länder gewährten Anleihen belaufen sich einem Bericht der Bank vom 30. Oktober zufolge auf über eine Milliarde Dollar. Davon wurden mehr als 473 Mill. Dollar für Wiederaufbauzwecke sowie für die Entwicklung von Industrieprojekten zur Verfügung gestellt, während die übrigen Mittel in erster Linie für die Errichtung von Elektrizitätswerken, Transporteinrichtungen, Bewässerungsanlagen und für landwirtschaftliche Vorhaben verwendet wurden. Die erste Anleihe der Bank in Höhe von 250 Mill. Dollar erhielt Frankreich im Mai 1947.

Weitere Anleihen wurden Dänemark, Belgien, Luxemburg, Finnland, Holland und Jugoslawien gewährt, so daß die europäischen Län-

der 142 Dollar per t, alles an östlichen Atlantikländern, wie aus Fachkreisen zu hören ist. Diese Notierungen entsprechen in schwedischer Währung für gebrauchte Zellulose 83 bis 120 öKr. per 100 kg sowie für Starkulose 60 bis 70 öKr. per 100 kg, mit fast gleichzeitiger Ostwärtsbewegung. Auf ungefähr gleicher Basis sind in den letzten Wochen auch reservierte Partien nach europäischen Märkten abgeschlossen worden. Die darüber teilweise stark hinausgehenden Preise beziehen sich lediglich auf nicht reservierte Partien, deren Angebot aber sehr begrenzt ist.

Abgaben auf Holzveredelungszeugnisse

Die geplanten Abgaben auf Holzveredelungszeugnisse ist zwischen Regierung und Vertretern der Zelluloseindustrie eine...

Dänemark setzt Diskontsatz herauf

Die dänische Nationalbank hat mit Wirkung vom 8. November den Bank-Diskontsatz von 4% auf 5% heraufgesetzt. Damit wurde der Bankdiskontsatz in Dänemark im Laufe dieses Jahres bereits zum viertenmal erhöht. Diese Maßnahme wird in der dänischen Finanzwelt dahingehend gedeutet, daß die dänische Nationalbank ihre Politik allgemeiner Kreditrestriktionen konsequent fortsetzen will. Erst am 31. Oktober wurde ein Rundschreiben der Nationalbank an alle Privatbanken veröffentlicht, in dem festgestellt wurde, daß die Nationalbank in Zukunft Bankkredit nicht mehr überlassen würde.

Man bringt die Diskontserhöhung natürlich mit der Bildung der neuen liberal-konservativen Regierung in Zusammenhang, die die Staatsgeschäfte seit einer Woche führt. Sie hat die bisherige sozialistische dänische Regierung abgelöst.

Die Herabsetzung des Diskontsatzes kam unerwartet. Erst am 7. Juli dieses Jahres war der Bankdiskont von 4 auf 4 1/4% erhöht worden.

Die Erhöhung der Kredite der dänischen Privatbanken im Anschluß an beträchtliche...

Lagerläufe hat zur Folge gehabt, daß ein an

scheinlich kleiner Betrag von 200 Mill. öKr. Schatzvermögen, dessen Erlös bereits im Frühjahr zur Bindung liquider Mittel beschlossen worden war, bisher nur zu 80 Mill. öKr. platziert werden konnte. Die Wechsel waren bei niedriger Verzinsung mit Laufzeiten von drei, sechs und zwölf Monaten ausgestattet. Finanzkreise sind der Auffassung, daß die realen 120 Mill. öKr. bis auf weiteres kaum unterbringen sein dürften.

Norwegen plant Investitions- und Einfuhrkürzungen

Auf Grund der starken Preissteigerungen am Weltmarkt sowie der erhöhten Goldanforderungen des Staates infolge der Bildung hat das norwegische Finanzministerium eine Kürzung der Vorschläge für zivile Investitionen um 45 Mill. öKr. und der früheren Bewilligungen um 45 Mill. öKr. vorgeschlagen. Die Einsparungen treffen vor allem die Eisenbahnen, das Telefon- und Telegrafennetz sowie das Elektrizitätswesen. Während vom Storting im Sommer eine Kürzung der Investitionen um nur 5% beschlossen worden war, beziehen sich die jetzigen Vorschläge auf 10% der ursprünglich geplanten Summe. Der Entwurf des Finanzministeriums sieht ferner eine Verringerung der Einfuhr vor, über deren Einzelheiten bisher aber noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen worden sind. Neben einer eventuellen proportionalen Bestimmung der Einkommen oberhalb einer bestimmten Grenze werden zur Zeit vom Finanzministerium Vorschläge ausgearbeitet, die auf eine Erweiterung der Exportabgaben hinauslaufen, um dadurch einen Druck auf das einheimische Preisniveau auszuüben. Schließlich besteht die Absicht, die Bankkredite zu begrenzen.

Norwegische Außenhandels passiv

In den ersten 8 Monaten dieses Jahres belief sich die norwegische Einfuhr (ohne Schiffe) auf 2955 Mill. öKr., während die Ausfuhr (ebenfalls ohne Schiffe) einen Wert von 1817 Mill. öKr. erreichte. Es ergibt sich somit für die ersten 8 Monate ein Passivum von 1038 Mill. öKr.

Norwegen — Spanien

Norwegische Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien sollen Anfang November in Madrid beginnen. In norwegischen Außenhandelskreisen rechnet man damit, daß das Ergebnis der Verhandlungen der Abschluß eines Zahlungsabkommens sein wird, das einen Verrechnungsverkehr in Pfund Sterling versieht.

Währungsumstellung in Nicaragua

Der Internationale Währungsfonds hat der Neuregung des Internationalen Devisenverrechnungssystems von Nicaragua seine Zustimmung erteilt. Danach wurde das bisher geltende System von Staffeln durch einen Einheitskurs für die Ausfuhr und für andere Deviseneingänge in Höhe von 6,25 Cordoba für 1 US-Dollar ersetzt. Für die Einfuhr und für Zahlungen an das Ausland gilt ein Verrechnungskurs von 1 Cordoba für 1 US-Dollar. Einfuhr „halbbedeutend“ Güter zahlen einen Aufschlag von 1 Cordoba je Dollar und „nichtbedeutend“ Güter von 3 Cordoba je Dollar. Die Parität von 3 Cordoba je Dollar wurde nicht geändert. Sie bleibt jedoch in Zukunft auf reine Regierungstransaktionen beschränkt, sofern sie 20% der gesamten Deviseneingänge nicht übersteigt.

Belgiens Diamantenhandel

Belgiens Ein- und Ausfuhr an Diamanten hat in der letzten Zeit immer mehr zugenommen. Doch werden Klagen über die hohen Importpreise für Rohdiamanten laut, und man befürchtet, daß diese vom belgischen Markt weg in andere Länder abgezogen werden, die nicht dem „Diamond Board“ in London angehören.

Die belgischen Rohdiamanten-Einfuhren belaufen sich im September auf 315 676 Karat im Wert von 2,10 Mill. Pfund Sterling (August: 176 882 Karat, 1,18 Mill. Pfund Sterling).

UdSSR liefert 2500 „Moscovich“ nach Belgien

In Antwerpen trafen 73 russische Personenautos, Marke „Moscovich“, ein. Im ganzen wird die Sowjetunion 2500 dieser Wagen im Rahmen des belgisch-russischen Handelsabkommens 1950 nach Belgien liefern. Die Automobile werden in der Sowjetunion Deutschlands hergestellt. Über die Verkaufsbedingungen ist bisher nichts veröffentlicht worden.

Holländische Ablehnung belg. Textilherstellungsvorschläge

Die belgisch-luxemburgische Regierung hatte beabsichtigt, gewisse Einfuhrzölle, insbesondere für Textilien, herabzusetzen, um dadurch eine Preissteigerung herbeizuführen. Diese Frage war auf der Luxemburger Benelux-Tagung Gegenstand von Beratungen gewesen, die in wesentlichen Punkten positiv verliefen. Holland erklärte sich scharf gegen diese Einfuhrherabsetzungen einverstanden, weil die Preise für die in Frage kommenden Produkte in Holland nicht zurückgegangen waren und die Nachfrage abgenommen hatte, so daß eine Zollherabsetzung zu einer Schädigung der holländischen Textilindustrie geführt hätte. Holland war nur mit der vorübergehenden Außerkraftsetzung der Zölle für bestimmte Garnstoffe einverstanden. Es schlug vor, die betroffenen Textilindustrien...

prinzipielle Einigung erzielt worden. Entgegen dem ursprünglichen Regungsplan einer Exportabgabe soll die Regierung sich für eine geringere Form der Abgaben entschieden haben, wie aus Finanzkreisen verlautet. Voraussichtlich wird eine gegen Konjunkturschwächeerhebungen werden, deren größerer Teil als Schutz gegen schwächere Konjunkturbedingungen gedacht und unter allen Umständen, wenigstens unverzinst, an die Industrie innerhalb eines längeren Zeitraums zurückgezahlt werden soll. Ein kleinerer Teil der herabgesetzten Mittel ist für soziale Zwecke bestimmt und wird für die Pensionfonds der Geschichtlichen in Übereinstimmung mit dem Arbeiter-Dispositiv werden. Die Höhe der Abgaben dürfte nach den Tagespreisen für Zellulose und Holzschiff berechnet werden.

Frankreichs Außenhandel

Das französische statistische Amt hat eine Statistik über die Entwicklung des französischen Außenhandels zwischen 1929 und 1930 ausgearbeitet. Als Vergleichswert werden das Jahr 1929 als das beste französische Wirtschaftsjahr zwischen dem beiden Weltkriegen, das Jahr 1930 als das letzte Normaljahr vor dem zweiten Weltkrieg und die ersten sechs Monate 1930 gewählt. Die Franken-Werte der Jahre 1929 und 1930 wurden nach dem Kurs von 1949 umgerechnet, um eine einigermaßen gültige Vergleichsbasis zu erhalten. Aus der nachstehenden Statistik geht hervor, daß der französische Außenhandel in 1930 bei weitem noch nicht das Volumen von 1929 erreicht, dagegen aber den Umfang des Außenhandels von 1929 stark überschritten hat und zwar in erster Linie in der Ausfuhr. In der Verflechtung des französischen Außenhandels nach Währungsgruppen sind stärkere Veränderungen nicht festzustellen. Bemerkenswert ist vor allem der Rückgang der französischen Ausfuhr in die Dollarzone und zwar wertmäßig um etwa 30 Prozent gegenüber 1929. (Angaben im Monatsdurchschnitt, in Mill. frs., Kaufkraftwert 1949.)

	Einfuhr		erste 6 Mon. 1950
	1929	1930	
Dollar-Zone	17.153	12.290	14.890
Sterling-Zone	21.290	14.610	18.907
übrige Länder	48.458	38.927	28.254
Insgesamt	87.111	55.817	62.049

	Ausfuhr		erste 6 Mon. 1950
	1929	1930	
Dollar-Zone	8.082	3.039	4.028
Sterling-Zone	14.283	8.886	10.870
übrige Länder	44.186	34.789	35.226
Insgesamt	66.551	36.694	50.124

Zum französisch-spanischen Handelsabkommen

Das kürzlich paraphierte französisch-spanische Handelsabkommen sieht spanische Lieferungen von Textilien im Wert von 1 Milliarde frs. sowie von Früchten, Pyriten, Pechblenden, Quarz, Silber und Kupfer vor, während Frankreich u. a. Weizen und andere Getreidearten, Kohle, Phosphate, Maschinen, Kraftfahrzeuge, Güterwagen und chemische Erzeugnisse nach Spanien exportieren wird. Das Abkommen, das nach der Ratifizierung durch beide Regierungen bedarf, tritt am 1. November in Kraft.

Zement-Exporte Japans

Japan exportierte in der ersten Hälfte im Oktober 4000 t Zement nach Iran. Die gleiche Menge wird demnächst erneut nach Iran verschifft werden. Der Kontrakt wurde bereits vor einiger Zeit abgeschlossen, wobei der Preis auf 13 Dollar je t festgesetzt wurde. Der Lieferant ist die Tokuyama Soda Company, die weitere 1000 t zu dem gleichen Preis nach Okinawa verschifft wird.

Japan liefert Elektroerichtungen nach Siam

Zur Zeit schweben Verhandlungen zwischen Japan und Siam über die Lieferung von Elektroerichtungen (sichtl. Generatoren und Turbinen nach Siam im Betrage von 20 Mill. Yen, das sind schätzungsweise 20.000 Pfund Sterling). Die Verhandlungen werden in Bangkok zwischen der Regierung von Siam und der Mitsubishi Electrical Equipment Co. und der Central Japan Heavy Industries Ltd. geführt.

Demnächst Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Japan und den Sterlinggebieten

Japan demnächst ein Handelsabkommen mit den Sterlinggebieten in Höhe von insgesamt 195 Mill. Pfund Sterling für 1 Jahr abzuschließen, erklärt die Tokioer Presse aus Regierungskreisen. Japan werde für etwa 30 Mill. Pfund Sterling Baumwollwaren exportieren, was ungefähr einem Drittel des Gesamtexports entsprechen werde. Als Kreditrahmen seien 15 Mill. Pfund Sterling vorgesehen, gegenüber 10 Mill. Pfund Sterling im bisherigen Abkommen. Demnächst ist die Möglichkeit vorsehbarer Aufhebung vorgesehen, für den Fall, daß vor dem 30. Juni 1951 ein Friedensvertrag für Japan unterzeichnet werden sollte.

Neues Gesetz für Auslandskapitalien in der Türkei

Ein Gesetzesvorschlag, der in Kürze durch den türkischen Ministerrat dem Parlament unterbreitet werden wird und die Bestimmungen für das Unterbringen von Auslandskapitalien in der Türkei enthält, sieht vor allen vor, daß dem ausländischen Kapital alle gewöhnlichen Garantien von Seiten des Staates gegeben werden. Vor allem wird es sich bei diesen Garantien darum handeln, daß die erzielten Gewinne aus Unternehmens, die durch ausländische Kapitalien finanziert werden ins Ausland transferiert werden dürfen und zwar entsprechend dem prozentualen Beteiligungsanteil.

Schulzwünsche der italienischen Industrie für feuerfeste Steine und Erden

Auf Ausführungen des Vizepräsidenten des Verbandes der italienischen Industrie für feuerfeste Steine und Erden, Dr. Luigi zurückgehende Verordnungen in italienischen Zeitungen fordern für die Zollverhandlungen in Torquay das unbedingte Festhalten an dem Satz des Generaltariffs von 30% für tonerde-silikat-haltige Tone und von 33% für Silizium. Die deutsche Forderung auf Herabsetzung dieser Sätze wird als untragbar bezeichnet.

Hinichtlich der Materials, das unbedingt eingeführt werden müsse, wird über ein „in England hergestelltes“ von deutschem und französischer Seite geklagt, da deutsche und französische Verarbeiter feuerfester Steine und Erden die Töne zu bedeutend niedrigeren Preisen als die italienischen Abnehmer erhielten. Allein die Preise mehr für die italienische Industrie 50% der Kosten ungenutzter und 20% der Kosten genutzter Töne aus. Hinzu komme jeweils noch der Transport von der italienischen Grenze bis zu den Werken. Die Arbeitskosten der italienischen Industrie für feuerfeste Steine und Erden lägen bei 390 Lire je Stunde, während sie in Deutschland, umgerechnet zum offiziellen Kurs, bei 215 Lire lägen. Die Leistung des deutschen Arbeiters sei etwa 15% höher als vor dem Kriege, während die des Italieners 10 bis 15% unter dem Vorkriegsniveau läge.

Das zu den führenden italienischen Blättern gehörende „Tempo de Milano“ schließt einen...

	Einfuhr		erste 6 Mon. 1950
	1929	1930	
Dollar-Zone	17.153	12.290	14.890
Sterling-Zone	21.290	14.610	18.907
übrige Länder	48.458	38.927	28.254
Insgesamt	87.111	55.817	62.049

	Ausfuhr		erste 6 Mon. 1950
	1929	1930	
Dollar-Zone	8.082	3.039	4.028
Sterling-Zone	14.283	8.886	10.870
übrige Länder	44.186	34.789	35.226
Insgesamt	66.551	36.694	50.124

Zum französisch-spanischen Handelsabkommen

Das kürzlich paraphierte französisch-spanische Handelsabkommen sieht spanische Lieferungen von Textilien im Wert von 1 Milliarde frs. sowie von Früchten, Pyriten, Pechblenden, Quarz, Silber und Kupfer vor, während Frankreich u. a. Weizen und andere Getreidearten, Kohle, Phosphate, Maschinen, Kraftfahrzeuge, Güterwagen und chemische Erzeugnisse nach Spanien exportieren wird. Das Abkommen, das nach der Ratifizierung durch beide Regierungen bedarf, tritt am 1. November in Kraft.

Zement-Exporte Japans

Japan exportierte in der ersten Hälfte im Oktober 4000 t Zement nach Iran. Die gleiche Menge wird demnächst erneut nach Iran verschifft werden. Der Kontrakt wurde bereits vor einiger Zeit abgeschlossen, wobei der Preis auf 13 Dollar je t festgesetzt wurde. Der Lieferant ist die Tokuyama Soda Company, die weitere 1000 t zu dem gleichen Preis nach Okinawa verschifft wird.

Japan liefert Elektroerichtungen nach Siam

Zur Zeit schweben Verhandlungen zwischen Japan und Siam über die Lieferung von Elektroerichtungen (sichtl. Generatoren und Turbinen nach Siam im Betrage von 20 Mill. Yen, das sind schätzungsweise 20.000 Pfund Sterling). Die Verhandlungen werden in Bangkok zwischen der Regierung von Siam und der Mitsubishi Electrical Equipment Co. und der Central Japan Heavy Industries Ltd. geführt.

Demnächst Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Japan und den Sterlinggebieten

Japan demnächst ein Handelsabkommen mit den Sterlinggebieten in Höhe von insgesamt 195 Mill. Pfund Sterling für 1 Jahr abzuschließen, erklärt die Tokioer Presse aus Regierungskreisen. Japan werde für etwa 30 Mill. Pfund Sterling Baumwollwaren exportieren, was ungefähr einem Drittel des Gesamtexports entsprechen werde. Als Kreditrahmen seien 15 Mill. Pfund Sterling vorgesehen, gegenüber 10 Mill. Pfund Sterling im bisherigen Abkommen. Demnächst ist die Möglichkeit vorsehbarer Aufhebung vorgesehen, für den Fall, daß vor dem 30. Juni 1951 ein Friedensvertrag für Japan unterzeichnet werden sollte.

Neues Gesetz für Auslandskapitalien in der Türkei

Ein Gesetzesvorschlag, der in Kürze durch den türkischen Ministerrat dem Parlament unterbreitet werden wird und die Bestimmungen für das Unterbringen von Auslandskapitalien in der Türkei enthält, sieht vor allen vor, daß dem ausländischen Kapital alle gewöhnlichen Garantien von Seiten des Staates gegeben werden. Vor allem wird es sich bei diesen Garantien darum handeln, daß die erzielten Gewinne aus Unternehmens, die durch ausländische Kapitalien finanziert werden ins Ausland transferiert werden dürfen und zwar entsprechend dem prozentualen Beteiligungsanteil.

Schulzwünsche der italienischen Industrie für feuerfeste Steine und Erden

Auf Ausführungen des Vizepräsidenten des Verbandes der italienischen Industrie für feuerfeste Steine und Erden, Dr. Luigi zurückgehende Verordnungen in italienischen Zeitungen fordern für die Zollverhandlungen in Torquay das unbedingte Festhalten an dem Satz des Generaltariffs von 30% für tonerde-silikat-haltige Tone und von 33% für Silizium. Die deutsche Forderung auf Herabsetzung dieser Sätze wird als untragbar bezeichnet.

Hinichtlich der Materials, das unbedingt eingeführt werden müsse, wird über ein „in England hergestelltes“ von deutschem und französischer Seite geklagt, da deutsche und französische Verarbeiter feuerfester Steine und Erden die Töne zu bedeutend niedrigeren Preisen als die italienischen Abnehmer erhielten. Allein die Preise mehr für die italienische Industrie 50% der Kosten ungenutzter und 20% der Kosten genutzter Töne aus. Hinzu komme jeweils noch der Transport von der italienischen Grenze bis zu den Werken. Die Arbeitskosten der italienischen Industrie für feuerfeste Steine und Erden lägen bei 390 Lire je Stunde, während sie in Deutschland, umgerechnet zum offiziellen Kurs, bei 215 Lire lägen. Die Leistung des deutschen Arbeiters sei etwa 15% höher als vor dem Kriege, während die des Italieners 10 bis 15% unter dem Vorkriegsniveau läge.

Das zu den führenden italienischen Blättern gehörende „Tempo de Milano“ schließt einen...

Korkgewinnung Italiens

Die Korkgewinnung Italiens in der Saison 1949/50 stellt sich auf etwas über 7000 t, von denen 2077 t aus Korkholz bestanden. Zu Beginn des Jahres hatte man mit einer Erzeugung von 10 000 t gerechnet. Die Korkgewinnung war gegenüber der vergangenen Saison damit um 64% geringer. Im Vorkriegsdurchschnitt belief sich die Korkgewinnung auf rund 12 000 t.

Italienisch-spanisches Filmabkommen

Die italienische Filmgesellschaft „ANICA“ hat mit dem „Sindicato Nacional de Espectaculo de Espana“ einen Vertrag über die Einfuhr von 30 italienischen Filmen nach Spanien und von 3 spanischen Filmen nach Italien abgeschlossen. Außerdem stellt der italienische Vertragspartner seine Distributionsfirma für die Lieferung von mindestens 30 000 m Rohfilm aus Italien nach Spanien in Aussicht. Der Vertrag bedarf noch der amtlichen Genehmigung.

Vargas wandelt Brasiliens Wirtschaft

Die Wiederkehr des früheren brasilianischen Präsidenten Vargas durch eine einflussreiche und überaus beliebte Wahl am 3. Oktober hat bereits zu einer Reihe von Spekulationen über einschneidende Änderungen in der brasilianischen Wirtschaftspolitik geführt. Nördernationale Meldungen kündigen eine sofortige Erhöhung des Cruzeiro an, die eine Gleichhaltung des amtlichen Kurses mit dem fast 50 Prozent niedriger liegenden schwarzen Devisenkurs bringen soll. Man kann derartige Maßnahmen vielleicht darauf stützen, daß die frühere Vargasregierung bereits während des Krieges alles daran gesetzt hat, um einen hohen Wohlstand des Cruzeiro im Interesse der Nationalindustrie und des Aufschwungs zu erreichen. Um eine Verankerung der brasilianischen Währung infolge der hohen Ausfuhrüberschüsse zu verhindern, ging damals die Vargasregierung zu inflationslosen Goldemissionen zwecks Ankauf der Ausfuhrüberschüsse über, die den Grundstein zu der überaus starken Steigerung des innerbrasilianischen Preisniveaus legten. Es ist aber trotzdem sehr fraglich, ob es sich eine neue Vargasregierung von vornherein leisten kann, eine Währungsreform mit ihren höchst unpopulären Konsequenzen vorzunehmen, einmal im Hinblick auf die geringe Preiselastizität des Hauptausfuhrproduktes Kaffee, die dadurch gefördert würde, zweitens aber besonders wegen der sofortigen Rückwirkung auf den innere Preisniveau in einer so stark von der Einfuhr abhängigen Wirtschaft wie der brasilianischen.

Weitere radikale Maßnahmen werden angekündigt durch die Mitteilung, daß Vargas eine Regierung mit sozialistischen Tendenzen nach englisch-skandinavischem Muster bilden wird. Sicherlich wurde der Wähler von der durch Vargas begründeten Arbeitspartei und der „Populismus“-Bewegung des populären Gouverneurs Ademar de Barros erregt. Man darf aber die brasilianische Arbeitspartei keineswegs mit der englischen Labourparty verwechseln, und noch weniger mit der sozialdemokratischen skandinavischen Prägnanz. Es handelt sich keineswegs um eine sozialistische Entwicklung auf der Grundlage demokratischer Traditionen, sondern wohl eher um eine Parallelschaltung zu der „Descoberta“-Bewegung in Argentinien mit gemeinsamen Wurzeln in der südamerikanischen Caudillo-Tradition und den korporativen Ideen der so-

zialistisch boten totalitären Regime. Man wird deshalb in Brasilien kaum eine systematische Sozialisierungspolitik erwarten können, wohl aber ein Wiederaufleben ausgeprägter sozialreformatorischer und nationalisistischer Tendenzen, die der brasilianischen Wirtschaftspolitik ein neues Gesicht geben dürften.

In sozialistischer Hinsicht wird weniger an effektvollen Maßnahmen erwartet, da die von Vargas eingeleitete Sozialpolitik stets mehr oder weniger im Stadium der theoretischen Struktur verblieben ist. Sicherlich wird allerdings teilweise die in der Verfassung von 1946 vorgesehene Gewerbetätigkeit der Arbeiter und Angestellten jetzt beschleunigt durchgeführt werden. Die Ausweitung der Durchführungsbestimmungen für die Gewerbetätigkeit war bereits von der Regierung Dolza in Angriff genommen worden. Im Hinblick auf die bereits vorhandenen Schwierigkeiten der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion wird für bedeutungsvolle Anstrengungen die Möglichkeit psychologischer Auswirkungen des politischen Wohlstands in Form von weiteren Rückgang der Arbeitsproduktivität. Wie ausschlaggebend der Faktor Arbeitsproduktivität ist, haben die letzten internationalen Handelsabmachungen Brasiliens mit z. B. England und Deutschland gezeigt, bei welchen das größte Element der Mangel waren exportfähigen Produktion Brasiliens war, da an den internationalen Märkten absetzsfähige Produkte entweder nicht ausreichend für den Export verfügbar waren oder zu einem am Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Preisniveau.

Die nationalisistischen Tendenzen werden ihren Einfluß voraussichtlich in erster Linie auf die Stellung des ausländischen Kapitals ausüben, für welches man in letzter Zeit in Brasilien eine Atmosphäre möglichst weitgehender Förderung zu schaffen bemüht war, um neue Investitionen anzulocken. Es wird darauf hingewiesen, daß unter der fünfjährigen Vargasregierung von 1930 bis 1945 gerade die Nationalisierung und die scharfe Kontrolle des im Land investierten ausländischen Kapitals eingeleitet wurde. Daneben wird in Erinnerung gebracht, daß Vargas in seiner ersten Regierungsperiode praktisch die Einwanderungsbewegung zum Stillstand gebracht hat durch die schlagartige Nationalisierungskampagne der fremdlichen von Bevölkerungsteile und durch die Schaffung eines über-

berst reduzierten Quotenystems für den Zustrom neuer Einwanderer. Es taucht daher die Frage auf über das weitere Schicksal der neuen Ansätze zur Leistung größerer Einwanderungsleistungen aus Europa nach Brasilien.

Wenn auch die politische Solidarität mit Nordamerika, die Vargas während des Krieges aktiv erwarbte, nicht in Frage gestellt wird, sind doch noch in frischer Erinnerung die bekannten Erklärungen Vargas, die den Sturz seiner Regierung im Jahr 1945 auf den Druck des nordamerikanischen Botschafters zurückführten. Er erscheint daher sicher, daß eine neue Vargasregierung die bereits angebahnte Tendenz einer gewissen handelspolitischen Unabhängigkeit von einer ständigen Bindung an den nordamerikanischen Großkonsum ausbauen und den Wiederaufbruch Brasiliens an die europäischen Märkte in verstärktem Maß pflegen dürfte.

Inwieweit die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung diesen Richtlinien tatsächlich folgen wird, die sich aus den Erfahrungen der ersten Vargasregierung ableiten lassen, ist vorläufig noch nicht zu übersehen, da der wiedergewählte Präsident bisher jegliche Äußerung über sein Regierungsprogramm abgesehen hat, da es erst nach der Verkündung des amtlichen Wahlergebnisses Erklärungen abgeben will.

Brasilien

beretigt Einfuhrerleichterungen vor

In Übereinstimmung mit der vor kurzem geschaffenen Kommissions für den Handelsverkehr mit dem Ausland hat die Export- und Importabteilung des Banco do Brasil (CEXIM) neue Richtlinien für die Erteilung von Einfuhrerleichterungen an den brasilianischen Importhandel festgelegt. An die Stelle des bisherigen starren Kriteriums der Lizenzerteilung nach Maßgabe der sogenannten „Tradition“, d. h. der Durchschnittsimporte der letzten Jahre, treten jetzt elastischer Bestimmungen, die insbesondere versuchen, der Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland den Weg zu ebnen.

Grundsätzlich werden auch weiterhin die Einfuhrerleichterungen auf der Grundlage der durch die Zollbehörden nachzuweisenden Einfuhr in den Jahren 1946—1949 erteilt. Firmen, die für die Jahre 1946—1949 keine Einfuhr zu Verzeichnen haben, aber ihre legale Existenz und ihre Beteiligung in dem entsprechenden Einfuhrzweig nachweisen können, erhalten Genehmigungen gemäß ihrer Einfuhr während des Jahres 1948. Für Waren, deren Einfuhr von der Kommission für den Handelsverkehr mit dem Ausland für Nationalinteressen förderndes Ergebnis werden, werden Einfuhrerleichterungen unabhängig von jeglicher Einfuhrerleichterung an Firmen erteilt, die vor dem 31. 7. 1950 konstituiert wurden.

Weitere Erleichterungen wurden geschaffen für die Übernahme von Exklusiv-Verträgen. Firmen ohne Einfuhrtradition können, soweit sie vor dem 31. 7. 1950 konstituiert wurden, die ausschließliche Vertretung von Erzeugnissen deutscher, österreichischer, italienischer, japanischer, tschechischer oder japanischer Herkunft übernehmen und erhalten ihre Einfuhrquoten entsprechend den Rubriken der Handelsabkommen. Die Einfuhrtradition für den Exklusivvertrieb von Waren international registrierter Marke bleibt diesem gesichert. Für neue Exklusivverträge dieser Firmen bis zum 31. 7. 1950 gebildet wurden, werden von Banco do Brasil Einfuhrquoten festgelegt entsprechend der Wichtigkeit des Exklusivvertrags und den Möglichkeiten des Devisenbestands. In den Fällen, in denen der Exklusivverleiher nicht direkt fakturiert hat, gehört die Einfuhrtradition der Firma, an welche die Ware konsigniert wurde. Brasil für im Nationalinteresse wünschenswert erachtet wird, können von jeder beliebigen Firma ohne Rücksicht auf Einfuhrtradition durch Übernahme der Exklusiv-Vertretung eingeführt werden.

Mit Rücksicht auf die besonders seit dem letzten Jahr getroffenen Maßnahmen rigoroser Ein-

Einzelheiten zur Zloty-Abwertung

Zur Zloty-Abwertung meldet ADN folgende Einzelheiten: Die bisherigen Zahlungsmittel haben am 28. Oktober ihre Gültigkeit verloren und werden bis zum 8. November im Verhältnis 100:1 umgewandelt. Sparbücher und Banknoten bis zu 100.000 Zloty werden 100:3 umgewandelt. Für alle fälligen Zahlungen im Verhältnis 100:3. Ausgenommen sind steuerliche und andere Verpflichtungen gegenüber dem Staat, Verpflichtungen aus Arbeitsverträgen oder Dienstverhältnissen, Aktien und Anteilen von Genossenschaftsgliedern sowie aus dem Ankauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Vieh erwachsenden Verpflichtungen, die sämtlich im Verhältnis 100:3 umgewandelt werden.

Für die verbliebene Landbevölkerung wurde die Vorgangsbestimmung erlassen, daß die zweite Landdevisenrate 1950 und alle fälligen Zahlungen an die Landwirtschaftsparkasse nach dem Kurs 100:1 in neuem Zloty eingezahlt werden können.

Die „Gleichhaltung“ der polnischen Währung mit dem sowjetischen Rubel hat nach Ansicht von Finanzkreisen der Londoner City kaum mehr als rein politische Bedeutung. Man geht wahrscheinlich in der Annahme nicht fehl, daß die polnische Währungsmaßnahmen in den letzten sowjetischen Satellitenstaaten einige Beachtung hervorgerufen wird. Dabei erinnert man sich an die im Juni dieses Jahres aus Kriegen der Bonner Regierung stammenden Meldungen, daß die UdSSR die Anerkennung des sowjetischen Rubels als alleinige „internationale Währung“ im Handel mit den Ostblockstaaten anstrebe. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß auch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den sogenannten „Rubelblock“ eingeschlossen werden könnte. Der bereits bekanntgemachte polnische Schritt gibt den damaligen Vermutungen einen ziemlich realen Hintergrund.

Doch diese Betrachtungen haben für den Handelsverkehr Polens oder für den des Sowjetblocks mit der gesamten westlichen Welt keinerlei Bedeutung. Dieser Handelsverkehr wickelt sich in Pfund Sterling, in Dollar oder in anderen ausländischen Devisen ab, und nicht in Rubeln oder in Zloty.

Genau wie die UdSSR bei ihrer Währungs- umstellung am 28. Februar dieses Jahres entsprechend dem Feingehalt des polnischen Zloty (von 100 bis 1000) Gramme dem Preis von 30 Dollar für 1 Feinunze Gold, der seinerzeit in Bretton Woods als internationaler Goldpreis festgesetzt wurde.

fahrbeschränkung zahlreicher nichtlebenswichtiger Artikel“ nicht, die Neuregelung für Importieren, die für 1946—1949 eine regelmäßige Einfuhrtradition aufzuweisen haben und durch die Importrestriktionen mehr als 50% ihres Einkommens einbüßen, die Erteilung von Sondergenehmigungen durch den Banco do Brasil für eine Änderung ihrer Einfuhrlinie vor, die in Übereinstimmung mit der Konjunktur und entsprechend einem vierer ausgearbeiteten Plan erfolgen muß.

Zur Erleichterung des Handelsverkehrs mit den ehemaligen Aufständischen werden Einfuhrquoten in Höhe von 50% der Durchschnittseinfuhr 1946—49 allen Firmen zugesichert, die im Besitz von feststehenden Eigentümern der amerikanischen Waren sind und nach Intervention von brasilianischen Staatsangehörigen erworben wurden, oder nach Liquidation ihrer Handelsbetriebe mit brasilianischen Kapitalien wiederaufgenommen haben. Brasilianische Firmen, die Vertreter oder Großimporteure von Produktion der Aufständischen waren und wegen der Unterbrechung dieser Importe durch den Krieg keine oder nur unzureichende Einfuhrtradition für diese Produkte besitzen, erhalten Einfuhrerleichterungen auf der vollen Grundlage des Einfuhrdurchschnitts der Jahre 1946—1949.

Eine Schlüsselbestimmung der Neuregelung betrifft die Einfuhr industrieller Erzeugnisse für Eigenverbrauch von den Beschränkten, soweit es sich um die Einfuhr von Rohstoffen innerhalb des tatsächlichen Eigenbedarfs handelt.

Zinn auf 1000 Pfund Sterling

Ein riskant hoher Preis, denn die Produktion ist viel höher als der Verbrauch

Diese Frage ist nicht so abwegig, als es im ersten Augenblick erscheinen könnte, wurden doch am 27. 10. die folgenden Rekordpreise in der Geschichte des Zinns erreicht: London loco 945—950 £, forward 915—920 £ und Settlement 940 £ je lb; New York Straitenn loco 131 000 Dollarsents nominal. Das sind Preise, die weder im ersten noch im zweiten Weltkrieg für Zinn erreicht wurden. Die höchsten Notierungen beliefen sich im ersten Weltkrieg in London auf 390 £ je lb und in New York auf 110,00 Dollarsents je lb. Nicht nur noch hinaufzuführen, das niedrigste Zinnsollenerge im Jahre 1928 mit 22 1/2 £ je lb erreicht wurde, ist seitdem nicht dem heutigen Stand aufzuweichen, um die gegenwärtige Preiselastizität ausreichend zu kennzeichnen.

Damit erhebt sich natürlich die Frage, wo die Ursachen für eine derartige Haube liegen. Ist die Welt etwa mit Zinn unversorgt als Folge des zweiten Weltkrieges, steigt der Weltzinnverbrauch so, daß mit einer Zinnschneppel in absehbarer Zeit zu rechnen ist, oder liegen die Ursachen auf einem ganz anderen Gebiet? Um etwas zu erfahren, die Zinnerzeugung und den Zinnverbrauch der Welt waren im zweiten Weltkrieg nach Angaben der Tin Study Group nicht nur ausgefallen, die Erzeugung überstieg trotz des Wartungsbedarfs in der Erdeproduktion nach dem Zinnsollenerge im Jahre 1939—1940 um rund 107 000 t und die Weltzinnerzeugung lag um rund 157 000 t höher als der Verbrauch mit einem Resultat, daß die Weltzinnerzeugung die Ende 1939 73 000 t Zinn betrug, bis Ende 1940 auf nicht weniger als 175 000 t Zinn stiegen konnte. Sie sind seitdem 175 000 t Zinn auf 130 000 t gefallen, bis Ende 1941 auf 110 000 t Zinn gesunken, was 1942 auf 100 000 t Zinn höher als der Verbrauch des Jahres 1939 mit 110 000 t Zinn betrug. Sie betragen Ende Mai 1950 125 000 t Zinn.

Berücksichtigt man die Produktionsergebnisse des ersten Halbjahres 1950 mit einem Zinnsollenerge in der Erdeproduktion von 61 000 t Zinn, so ist die Weltzinnerzeugung von 60 000 t Zinn gegenüber dem Verbrauch von 60 000 t Zinn gegenübergestellt, so kann man angesichts dieser weiteren Entwicklung wenigstens erwarten, daß die Zinnerzeugung im zweiten Halbjahr 1950 auf 130 000 t Zinn steigen wird, was 1950 mit einer Produktion von 100 000 t Zinn und einer Weltzinnerzeugung von 100 000 t Zinn ein Gleichgewicht herstellt. Es gibt also gegenwärtig ausreichend Zinn in der Welt, und auch für das kommende Jahr ist mit keiner Verknappung zu rechnen.

Trotzdem haben die Zinnspreise in den letzten Wochen eine Haube erlebt, wie sie in der Geschichte der Weltmetallewirtschaft einzig dasteht. Man hat für diese Entwicklung den Ausbruch des Koreakrieges verantwortlich machen wollen, und vielfach die Meinung vertreten, daß ein Wachsen der politischen Spannungen im ostasiatischen Raum, dem wichtigsten zinnerzeugenden Gebiet der Erde, die Zinnerzeugung der westlichen Welt auf die Dauer gesehen, beeinträchtigen könnte. Tatsächlich hat sich die Zinnerzeugung und die Zinnproduktion in den wichtigsten zinnerzeugenden Ostasien seit 1945 in einer erstaunlichen Weise erhoben können, und selbst die politische Ordnung in Ostasien hat dieser Entwicklung keinen Abbruch getan. So ist die Zinnerzeugung (Metallinhalt) in den Malaienstaaten von ihrem Tiefstand mit 2125 t Zinn im J. 1945 bis auf 54 510 t Zinn im Jahre 1949 gestiegen und lag im ersten Halbjahr 1950 auf einer Jahresbasis von rund 28 000 t Zinn. In Indonesien stieg sie nach dem Zusammenbruch am Ende des Krieges von 1600 t Zinn im Jahre 1943 auf 20 523 t Zinn 1948 und betrug 1949 immerhin noch 23 903 t Zinn. Sie könnte nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres 1950 für das ganze Jahr rund 31 000 t Zinn erreichen. Hinzu kommt, daß der Koreakrieg ein für die westliche Welt günstige Wendung genommen hat, so daß sich von dieser Seite her mit einer Beruhigung zu rechnen wäre.

Die tiefere Ursache für die Panikläufe der Zinnverbraucher in den letzten Wochen ist aber offenbar eher in der Befürchtung zu sehen, daß die gegenwärtig in Genf tagende Weltzinnerferenz eine drastische Kürzung der Zinnerzeugung beschließen könnte, um das Gleichgewicht in der Weltzinnerzeugung wieder herzustellen. Annahmen, daß in einer Teil der gestiegenen Rekordpreise für Zinn die Erzeuger spekulativ einvernehmen hat, so daß sich von dieser Seite her mit einer Beruhigung zu rechnen wäre.

Die tiefere Ursache für die Panikläufe der Zinnverbraucher in den letzten Wochen ist aber offenbar eher in der Befürchtung zu sehen, daß die gegenwärtig in Genf tagende Weltzinnerferenz eine drastische Kürzung der Zinnerzeugung beschließen könnte, um das Gleichgewicht in der Weltzinnerzeugung wieder herzustellen. Annahmen, daß in einer Teil der gestiegenen Rekordpreise für Zinn die Erzeuger spekulativ einvernehmen hat, so daß sich von dieser Seite her mit einer Beruhigung zu rechnen wäre.

Griechenland

verzichtet auf westdeutschen Hochfuhr

Griechenland hat sich entschieden, seine Ansprüche auf einen westdeutschen Hochfuhr, der ihm durch die internationalisierte Reparationskonvention zugesprochen wurde, zu verzichten, verlässt sich auf zuverlässigen Kredit in Athen. Wahrscheinlich soll Westdeutschland für diesen Hochfuhr solche Maschinenlieferungen, die im Rahmen der Industrialisierung Griechenlands benötigt werden, liefern. Wie weiter in Athen verläuft, ist dieser Entscheidung ein Ergebnis der Senkung der Marshallplanhilfe Griechenlands auf 67 Mill. Dollar, die für die Industrialisierung des Landes vorgesehen war.

Verminderung des griechischen Einfuhrprogramms

Der griechische Wirtschaftminister hat mit dem Unterstaatssekretär im Koordinationsministerium Besprechungen über die Frage der Aufstellung des neuen griechischen Einfuhrprogramms unter Berücksichtigung der Beschränkung der griechischen Marshallplanhilfe geführt. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die Athener Zeitung WIMA, daß das neue griechische Einfuhrprogramm eine Herabsetzung der Einfuhren aller Warenkategorien um 25% erfassen dürfte. Im allgemeinen wird darauf Wert gelegt, die Einfuhr der für Griechenland lebenswichtigen Güter zu Lasten der Luxusgütererzeugung am wenigsten zu belasten.

Osterreich nach dem vierten Lohnpreisabkommen

In einer ausführlichen Stellungnahme zum vierten Lohn-Preis-Abkommen Österreich stellt das österreichische Institut für Wirtschaftsforschungen fest, daß es nicht gelückt sei, durch den teilweisen Abbau der Subventionen (sowie ERP-Mitteln) die künftige Investitionstätigkeit im Wege höherer Counterpart-Einkünfte zu verstärken. Im Gegenteil: Das Abkommen laufe darauf hinaus, das Beschäftigen der Unselbständigen zu erhöhen, das der Landwirtschaft zu erhöhen, jedoch den Subventionen zu Lasten des Staatsbudgets und der gewerblichen Wirtschaft herabzusetzen, was zu Einkommens- bzw. zu Einkommensverminderungen führen müsse und damit neue Einschränkungen der Investitionstätigkeit zur Folge haben werde.

(Anspruch 44 Mill. Schilling, der der Gesamteinfuhr 104 Mill. Schilling (197 Mill. im August, wovon auf kommerzielle Einfuhren 520 439 Mill. und auf ERP-Lieferungen 48 198) Mill. entfielen. Der Einfuhrüberschuß betrug im September im ganzen nur 23 Mill. und die Ausfuhr war wertmäßig um 63 Mill. Schilling größer als die kommerziellen Einfuhren.

Stärker Rückgang der Zolleinnahmen

Der Anteil der Zölle an den Staatseinnahmen Österreichs ist derzeit mit 1,9% oder 100 Mill. S sehr zurückgegangen, während er 1937 noch 12% der Gesamteinnahmen ausmachte.

Knapp 5 Prozent des Staatshaushaltes für Besatzungskosten

Von den österreichischen Staatsbudget für 1951 ist in der Gesamthöhe von rund 12 Mrd. S sind — wie aus einem Exposé des Finanzministeriums vor dem österreichischen Nationalrat hervorgeht — nur 500 Mill. S für die Besatzungskosten und rund 71 Mill. S für Auslieferungsleistungen vorgesehen. Das sind knapp 5% der Staatsausgaben. Die USA haben schon seit einigen Jahren auf ihren Besatzungskostenanteil zugunsten Österreichs verzichtet und leben dort als „zahlende Gäste“. Man rechnet damit, daß auch Frankreich und Großbritannien — wenigstens teilweise — auf die ihnen zustehenden Besatzungskosten verzichten oder wesentliche Einsparungen vornehmen werden.

Hoher Personal- und Sozialanteil

Im österreichischen Staatsbudget für 1951 sind 4,86 Mrd. S oder 41,1% der Ausgaben (1950 40,8%) für den Personal- und Sozialaufwand vorgesehen, wozu noch weitere 0,35 Mrd. S für den Arbeitsaufwand im Beschäftigten kommen. Die Zahl der aktiven Bundesbeschäftigten beträgt 365 247 und ist nur um 1482 niedriger als im Bundeshaushalt 1950 vorgesehen war, 177 393 Bundesbeschäftigten sind prognostiziert (mit Personalüberwälzung usw.), 38 443 sind Vertragsangestellte und 71 431 Arbeiter, 1,83 Mrd. S, rund 1/3 des Personalanteils, müssen für die Pensionen von 180 446 Pensionären verausgabt werden. Der Sozialanteil 1951 ist weiter angestiegen und erfordert 1,94 Mill. S, um 325 Mill. S mehr als 1950, 522 Mill. S müssen für die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, 317,4 Mill. S für die Arbeitslosenversicherung, 71 Mill. S für die Kriegsbeschädigtenfürsorge und 60 Mill. S für die allgemeine Fürsorge (darunter 28 Mill. S für Opfer- und 32 Mill. S für Kleinrentnerfürsorge) verwendet werden.

Ein neues Kreditwesengesetz

Der österreichische Finanzminister Dr. Margaretha kündigte in seiner Budgetrede an, daß in naher Zukunft ein neues Kreditwesengesetz erlassen wird, das die Vorläufe des noch geltenden österr. Gesetzes übernehme, aber mehr der österreichischen Denkart entsprechen werde. Hand in Hand würde eine Restrukturierung des Kreditwesens gehen. Die Geldinstitute müßten von dem Ballast der deutschen Aktiva und Restwerte befreit werden. Auch müsse die Liquidierung der Abschlagsaktion des Währungsabkommens abgeschlossen werden. Die Nationalbank müsse neue Notierungen erhalten, die das Notendruck Österreichs auf eine feste und gesunde Basis stellten.

Zeitungspreise werden erhöht

Der Verband österreichischer Zeitungsgesellschafter hat in einer Mitteilung an die Zeitungslieferer bekanntgegeben, daß die Preise der österreichischen Zeitungen wegen der gestiegenen Rohmaterial- und Arbeitslohnkosten erhöht werden müssen. Bisher kosteten die Tageszeitungen in Österreich durchschnittlich 40 Groschen, in einigen westlichen Bezirken 45 Groschen. Die Höhe des neuen Preises liegt noch nicht fest.

Durch den Abbau der Subventionen würden

450 Mill. S gespart, doch liefen 615 Mill. S Subventionen für Weizen 104, Futtermittel 155, Düngemittel 130, Petrolstoffe 65, Zucker 30, Gas 48, Arzneistoffe 35, Rohstoffe 2 Mill. S weiter. Die Lohn- und Gehaltssteigerung von durchschnittlich 10% gegenüber dem bisherigen Einkommen würde durch die Ausweitung der progressiven Lohnskalen stark beschleunigt, vor allem bei Einkommen über 1000 S. Ein Lohnempfänger, der bisher 800 S bezogen habe, bekomme nunmehr etwa 75 S mehr, einer, der bisher 1400 S erhielt, bekomme aber nur 50 S mehr als bisher, so stark wirke sich die Steuerprogression aus. Dem Staat erwachsen aus Grund des neuen Lohn-Preis-Abkommens neue Personalanteile, Kinderbeihilfen usw. in Höhe von 1000 Mill. S, dem höhere Einkünfte von nur 500 Mill. S aus größeren Steuererhöhungen und Sozialversicherungsbeiträgen zugeführt, so daß dem Staat diese zusätzlichen Mehreinnahmen von 500 Mill. S erwachsen. Dazu können in Zukunft weitere 400 Mill. S Importsubventionen, die bisher aus dem ERP bezahlt worden sind, so daß das Budget 1951 um netto 950 Mill. S mehr belastet sei, als bisher veranschlagt war. Für das laufende Etatjahr könne die etwa 250 Mill. S betragende Belastung zum Jahresende des ordentlichen Budgets (700—800 Mill. S) gedeckt werden. Die schwersten Lasten habe die gewerbliche Wirtschaft zu tragen, die durch höhere Löhne und Gehälter, durch höhere Strompreise, Sozialversicherungsbeiträge usw. bei einer Grundlohn- und Gehaltssteigerung von rund 13 Milliarden S-Erhöhung ihrer Gestehungskosten von 1,8—2 Mrd. S in Kauf nehmen müsse. Daß auf Grund dieser Zusammenhänge noch mit weitreichenden Restrukturierungen in der ganzen Wirtschaft Österreichs gerechnet werden muß, dürfte kaum zu bezweifeln sein.

Gebesserte Außenhandelsbilanz

Nach den vorläufigen Verträgen über den österreichischen Außenhandel im September 1950 sind die Gesamtimporte in den ersten neun Monaten 1950 gegenüber der gleichen Zeit 1949 von 4320 Mill. Schilling um 49,8% auf 2780 Mill. Schilling gesunken. In den gleichen Zeitabschnitten haben sich die Exporte von 214 Mill. Schilling um 85,9% auf 413 Mill. Schilling erhöht. Das Handelsbilanzpassivum betrug im Vorjahr 40%, es beträgt 1950 nur mehr 36,4%. Wesentlich ist das Ansteigen der kommerziellen Importe und das relative Zurückgehen der ERP-Importe. Die kommerziellen Einfuhren sind in den ersten 9 Monaten 1950 auf 5 046 Mill. Schilling gegenüber 3 096 Mill. Schilling 1949 gesunken, d. h. um 62%. Hinzu haben die ERP-Einfuhren nur eine Erhöhung von 1466 Mill. Schilling auf 1734 Mill. d. i. um 21%, erfahren. Die Exporte in den ersten 9 Monaten 1950 deckten den Wert der kommerziellen Importe zu 85,9%, während in der gleichen Zeit 1949 die Exporte nur 74,8% der kommerziellen Importe deckten.

Der Wert der österreichischen Einfuhr im September 1950 erreichte 502 Mill. Schilling

Hier streben und einsehen:

An den

Karlruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlruhe i. B., Veilchenstraße 25

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name

Ort

Strecke und Telefonnummer

Welt-Warenmärkte

Weiter Hausse in Zinn und Kautschuk

Weiter fest: Wolle, Baumwolle, Blei, Zucker, Hüte und Felle — Schwach: Kaffee — Sehr schwach: Kakao

Mit Ausnahme von Zinn und Kautschuk, die in der Woche zum 8. November neue Höchststände erreichten, war der Verlauf der übrigen Rohstoffmärkte ruhig.

Getreide

An der Chicagoer Getreidemaschine notierte Weizen, Dezember-Kontrakt, am 2. November 226 ct. je Bushel, gegenüber 224 ct. am 2. Oktober; Mais 156 1/2 ct. gegenüber 156 ct. am 2. Oktober. Die Schwankungen waren unbedeutend. Nach der letzten Erhebung der Inlandnachfrage nach Mehl im Hinblick auf die Preisbildung für das sogenannte „Familienmehl“, fiel das Geschäft an Chicagoer Getreidemärkten in seine aus dem letzten Wochen her gewohnten ruhigen Bahnen zurück. Auch das Ausfuhrgeschäft war ziemlich schleppend. Man erwartet eine Belebung von größeren Verkäufen an die Regierung und Grund des Übererfüllungsprogramms für Japanländer. Die nordamerikanischen Inlandpreise für Weizen und Mais jedoch gegen das Abflauen unter eine Mindestgrenze durch das Stützungsprogramm gesichert ist, sehen man sich in landwirtschaftlichen Kreisen der Möglichkeit, dass man seine alten, großen Erträge über den weiteren Verlauf des Getreidejahres. Denn schließlich muß die Regierung die Überschüsse für eigene Bedienung übernehmen.

Die Aussichten für das nordamerikanische Weizenexportgeschäft sind nach der Veröffentlichung des US-Landwirtschaftsministeriums auch weiterhin sehr gut. Das nächste Jahr wird wahrscheinlich von einer größeren Anbaufläche eine größere Ernte bringen, die schon jetzt für 1950/51 auf 1,3 Mrd. Bushel veranschlagt wird. Der Überschub bei Ende des Berichtsjahrs 1950/51 in einer geschätzten Höhe von 700 Mill. Bushel wird bei Ende 1951/52 wahrscheinlich auf 800 bis 850 Mill. Bushel steigen.

Beim Getreide wird in der Berichtwoche, das die Förderung des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums nach einer Erhöhung des Malzangebotes für 1951 nicht eine schwächere Haltung der Chicagoer Getreidemaschine in den Notierungen für diese Körnerfrucht zur Folge gehabt hat, sondern die Erklärung des Ministers die Verengungslage in Futtermittelangelegenheiten ist, denn über 100 Mill. Tons zusätzlich für 1950/51 zur Verfügung. Der Minister stellte jedoch in diesem Zusammenhang fest, daß die Nachfrage nach Fleisch im nächsten Jahre größer sein werde als in diesem, und daß deswegen schon jetzt eine Erhöhung der Anbaufläche für Futtermittel angeht, welche im nächsten Jahre die Hälfte der Fläche für die Schweiz bestimmt, der Mais ging nach Frankreich.

Getreidemehlspreise

Table with 2 columns: Location and Price. Includes entries for Chicago, Minneapolis, and various flour types.

Getreidemehlspreise

Table with 2 columns: Location and Price. Includes entries for Chicago, Minneapolis, and various flour types.

Getreidemehlspreise

Table with 2 columns: Location and Price. Includes entries for Chicago, Minneapolis, and various flour types.

Getreidemehlspreise

Table with 2 columns: Location and Price. Includes entries for Chicago, Minneapolis, and various flour types.

Öle und Fette

Die nordamerikanischen Märkte für Öle und Fette setzten ihre stetige Entwicklung fort. Die Preise für pflanzliche Öle stellten sich im Berichtsjahr 1 bis 2 ct. je lb höher als zu Ende der Vorwoche, jedoch ohne großen Anstieg bei diesem Verkauf ein erhebliche Rolle, zumal die Lieferungen gegen den November-Kontrakt an der Chicagoer Getreidemaschine für Sojabohnen begrenzten haben. Zum Teil hat sich das Kaufinteresse wegen der hohen Preise für Sojabohnen auf Leinsaat verlagert. Auch der Markt für nichtedlere Öle und Fette war sehr fest.

Das argentinische IAPI (Instituto Argentino de Promoción del Intercambio) notiert für Leinsaat 100 ct. je lb, gegenüber 100 ct. je lb, wenn der Exporteur Genehmigung in wichtigen Gütern in Aussicht stellt, oder die Hälfte in Leinsaat abnimmt. Man glaubt jedoch, daß das IAPI Leinsaat bei Dollarkursen auch abgeben könnte. In Argentinien wurden in der Berichtwoche 475 t Leinsaat nach Hull und 600 t nach den Niederlanden verschifft.

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse notierte Santos D-Kontrakt, Dezember-Lieferung, am 2. November 48,40 ct je lb, gegenüber 48,30 am 26. Oktober; Santos S-Kontrakt (Juli 49,1) gegenüber 50,14; Santos S-Kontrakt (Juli 49,1) gegenüber 50,14, und Santos D-Kontrakt 48,75, gegenüber 48,30. Nach unbedeutenden Rückgängen war der Wochenabschluss etwas besser. Der Absatz von Kaffee im Einzelhandel hat sich entgegen den Hoffnungen der Händler und der Röstereien und trotz mehrmaliger Preisrückstellungen durch den Vorkaufhandel nicht verbessert. Die seitwärts gehenden Vorläufe drücken auf den Markt. Kaffee bietet ein typisches Beispiel dafür, was zu erwarten ist, wenn ein Markt „überhitzt“ wurde. Die Meldungen aus den Produktionsländern lassen darauf schließen, daß man diese Entwicklung des Marktes in den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Kaffeeverbraucher der Welt, eher mit einem wachsenden Auge betrachtet. Wenn die Produktionsländer nach unten hin auf das Geschäft zu weichen, werden, so ist ein der Preisrückstellungen des Santos de Brasil für Kaffeeverbraucher unsere Erwartungen erfüllt, daß man sich hier bereits einem nicht ganz leicht zu lösenden Problem gegenübergestellt sieht. Man sollte annehmen, daß die brasilianische Kaffeewirtschaft durch die hohen Preise der letzten Zeit ge-

spott für die Verzerrung des Marktes hätte Sorge sein, denn ihre Bestände, die sie in den vergangenen Jahren auf Grund des Stützungsprogramms aufbauen konnte, sind zur Neige gegangen. Gewisse Hoffnungen auf eine Herausforderung der Ausfuhrbeschränkungen im Hinblick auf die nächste amtliche Ernteerhebung am 2. November genügt, sollte sie höher ausfallen als die Oktobererhebung, was nach den bisherigen privaten Veröffentlichungen erwartet werden darf, dann würde wahrscheinlich das Ausfuhrverbot, so wie es im Dezember 1949 gegenüber der Oktobererhebung erlassen wurde.

Kakao

Bahia-Kakao, Lokware, Del. von 30,00 ct je lb am 2. Oktober auf 29,75 ct am 2. November. Am 2. Oktober, 1949/50 auf 29,50 ct. Für die rückläufige Tendenz des New Yorker Kakaoertrags ist das starke überhöhte Angebot aus der guten westindischen Ernte ursächlich. Dieses Umstand wird wahrscheinlich, doch längere Zeit marktbestimmend sein. Auch hier sind es, ähnlich wie bei Kaffee, die Brasilianer, die sich die Mühe geben zu betonen, daß Angebot und Nachfrage, an Weltmarktes gemessen, beständig ausreichen wird. Dem steht gegenüber, daß die Produktion in den übrigen Weltmarktsorten reichlich ist, und daß sie in Europa mindestens besser geworden ist. Wie sich die Rückgänge der Kakaoernte in Großbritannien, zu dem privaten Handel auf dem Markt auswirken wird, bleibt abzuwarten. Wenn diese beiden Märkte und Schokoladenindustrie in Großbritannien auch weiterhin zu einer größeren Wichtigkeit verhilft, so darf nicht vergessen werden, daß der Verkauf der britischen Ernteproduktionen mit 200 bis 250 ct. erhaltlich ist, wenn die Weltmarktsorten in die Hände der Ministerien, die ebenfalls sehr selten, werden bis Ende dieses Jahres nach dem bisherigen Zahlungssystem abgegeben werden. Im nächsten Jahre werden sie in einem bestimmten Verhältnis zu dem bisherigen Einfuhrniveau in Großbritannien (Haupternte) freigegeben werden, bis sie aufgeführt sind. Da der Weltmarktpreis jedoch erheblich höher als der derzeitige Verkaufspreis des Ministeriums ist, muß der Durchschnitts-Einkaufspreis der Industrie steigen. Wie weit er steigt, hängt von der Entwicklung des Weltmarktpreises für Kakao ab.

Tea

Trotz guter Nachfrages waren die Notierungen an den Teemärkten in Colombo, Jakarta und Kalkutta weiter rückläufig. Das gilt besonders für gelbe Ware und für Blauware.

Zucker

An der New Yorker Zuckerbörse lag die Notierung für Weltzucker Nr. 4, Januar-Termin, von 1,50 ct je lb am 2. Oktober auf 1,57 ct je lb am 2. November leicht an. Die Haltung der Börse war im allgemeinen gut. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend.

Wolle

Die Berichtwoche brachte eine große Anzahl von Preisrückgängen an den Wollmärkten in Australien und in der Südamerikanischen Union. Die Tendenz war allgemein fest, und die Notierungen stiegen zwischen 1 und 1/2% im Vergleich zu der Vorwoche an. Neben Großbritannien, Europa, der USA und Japan machte sich die Tendenz ebenfalls sehr deutlich. Die US-Wollmarkt beherrschende Faktoren, nämlich ungewisses Angebot bei Märkten, haben sich nicht geändert. Sie werden den Markt noch auf lange Sicht hin bestimmen. Man kommt auf sich auch die Wollwarenindustrie, die hauptsächlich in der USA angesiedelt ist. Eine Creditkrise scheint die amerikanische Wollwaren- und -Wollerei bei ihrem Ausfuhrvermögen nach der USA und Kanada nicht behindern zu lassen. Die amerikanische Wollwarenindustrie ist die größte in der Welt. Sie wird sich in der nächsten Periode wahrscheinlich behaupten können. Es mag sein, daß gerade in diesen Ländern die Nachfrage der Verbraucher groß genug ist, um die Verkäufe zu tragen, und diese Erfahrung könnte nicht ohne gewisse gültige Regeln zu sein, denn schließlich ist die Wollwarenindustrie ein sehr wichtiges Argument der Wollwaren der Verbraucher werden in einem Nachlassen des Kaufinteresses und infolgedessen auch zu einem Rückgang der Preise führen.

Wolle

In Buenos Aires war der Wollmarkt sehr fest. Nur kleinere Partien feiner Wollen wurden angeboten. Sie wurden sofort durch die lokale Wollindustrie aufgenommen, die dafür bis zu 20 arg. Peso je lb über den Ausfuhrerwartungen bezahlte. Mit 17 arg. Peso je lb wurde die lokale Berichtwoche für die 11 Monate-Wollen von Chubut, australisches Typ, ein neuer Rekordpreis erzielt. — Die geringen Anlieferungen am Weltmarkt in Montevideo erzielte bis zu 40 arg. Peso für feine Merino-Wollen. Buenos Aires sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Wolle

An der New Yorker Baumwollbörse notierte Dezember-Kontrakt am 2. November 30,00 ct je lb, gegenüber 29,85 am 26. Oktober, März 29,85 gegenüber 29,75 am 26. Oktober, Juni 29,75 gegenüber 29,65 am 26. Oktober. Die Tendenz der Börse ausgeprochen fest und die Notierungen stiegen erheblich an. Die Spinnereien kauften sehr unbedeutende Termine der laufenden Ernte für feine Sorten interessierten sich die Kommoditäten- und -Produzenten. Die Nachfrage nach Baumwolle wurde durch eine Reihe von Faktoren gestützt, unter denen die Annahme, daß die Ernteproduktion gegen Anlieferungen aus der neuen Ernte — die Erntebewegung hat zu dieser Zeit wahrscheinlich ihren Höhepunkt erreicht — und Liquidationen infolge der Unsicherheit über die Ausfuhrbeschränkungen in Ägypten, Brasilien und Indien besonders in Krisen des New Yorker Baumwollhandels die Einführung der Lizenzpflicht für den Baumwollimport in Mexiko. Diese Maßnahme bewirkt nach den Erklärungen der amerikanischen Regierung die Abschließung der Inlandversorgung.

Wolle

Schon eine oberflächliche Überprüfung der Export- und Marktstatistik in den verschiedenen wichtigsten südamerikanischen Baumwollproduktionsländern läßt erkennen, daß die Verkaufszahlen in der Welt ein optimales Bild zeigen. In Brasilien wird gemeldet, daß die zur Ausfuhr verfügbaren Bestände bereits aufgebraucht sind. Pakistan hat die Ausfuhr von Baumwolle bis und weiteres gesperrt. Ägypten hat die Ausfuhrbeschränkung immer noch als die wichtigste Lieferant für diesen Rohstoff übrig. Aber auch hier ist die Lage wegen der kleinen Ernte in dieser Saison ziemlich trübe. Die nordamerikanischen Regierung selbst, sowie ihre Handelskommission, die Commodity Credit Corporation,

speit für die Verzerrung des Marktes hätte Sorge sein, denn ihre Bestände, die sie in den vergangenen Jahren auf Grund des Stützungsprogramms aufbauen konnte, sind zur Neige gegangen. Gewisse Hoffnungen auf eine Herausforderung der Ausfuhrbeschränkungen im Hinblick auf die nächste amtliche Ernteerhebung am 2. November genügt, sollte sie höher ausfallen als die Oktobererhebung, was nach den bisherigen privaten Veröffentlichungen erwartet werden darf, dann würde wahrscheinlich das Ausfuhrverbot, so wie es im Dezember 1949 gegenüber der Oktobererhebung erlassen wurde.

Kakao

Bahia-Kakao, Lokware, Del. von 30,00 ct je lb am 2. Oktober auf 29,75 ct am 2. November. Am 2. Oktober, 1949/50 auf 29,50 ct. Für die rückläufige Tendenz des New Yorker Kakaoertrags ist das starke überhöhte Angebot aus der guten westindischen Ernte ursächlich. Dieses Umstand wird wahrscheinlich, doch längere Zeit marktbestimmend sein. Auch hier sind es, ähnlich wie bei Kaffee, die Brasilianer, die sich die Mühe geben zu betonen, daß Angebot und Nachfrage, an Weltmarktes gemessen, beständig ausreichen wird. Dem steht gegenüber, daß die Produktion in den übrigen Weltmarktsorten reichlich ist, und daß sie in Europa mindestens besser geworden ist. Wie sich die Rückgänge der Kakaoernte in Großbritannien, zu dem privaten Handel auf dem Markt auswirken wird, bleibt abzuwarten. Wenn diese beiden Märkte und Schokoladenindustrie in Großbritannien auch weiterhin zu einer größeren Wichtigkeit verhilft, so darf nicht vergessen werden, daß der Verkauf der britischen Ernteproduktionen mit 200 bis 250 ct. erhaltlich ist, wenn die Weltmarktsorten in die Hände der Ministerien, die ebenfalls sehr selten, werden bis Ende dieses Jahres nach dem bisherigen Zahlungssystem abgegeben werden. Im nächsten Jahre werden sie in einem bestimmten Verhältnis zu dem bisherigen Einfuhrniveau in Großbritannien (Haupternte) freigegeben werden, bis sie aufgeführt sind. Da der Weltmarktpreis jedoch erheblich höher als der derzeitige Verkaufspreis des Ministeriums ist, muß der Durchschnitts-Einkaufspreis der Industrie steigen. Wie weit er steigt, hängt von der Entwicklung des Weltmarktpreises für Kakao ab.

Tea

Trotz guter Nachfrages waren die Notierungen an den Teemärkten in Colombo, Jakarta und Kalkutta weiter rückläufig. Das gilt besonders für gelbe Ware und für Blauware.

Zucker

An der New Yorker Zuckerbörse lag die Notierung für Weltzucker Nr. 4, Januar-Termin, von 1,50 ct je lb am 2. Oktober auf 1,57 ct je lb am 2. November leicht an. Die Haltung der Börse war im allgemeinen gut. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend.

Wolle

Die Berichtwoche brachte eine große Anzahl von Preisrückgängen an den Wollmärkten in Australien und in der Südamerikanischen Union. Die Tendenz war allgemein fest, und die Notierungen stiegen zwischen 1 und 1/2% im Vergleich zu der Vorwoche an. Neben Großbritannien, Europa, der USA und Japan machte sich die Tendenz ebenfalls sehr deutlich. Die US-Wollmarkt beherrschende Faktoren, nämlich ungewisses Angebot bei Märkten, haben sich nicht geändert. Sie werden den Markt noch auf lange Sicht hin bestimmen. Man kommt auf sich auch die Wollwarenindustrie, die hauptsächlich in der USA angesiedelt ist. Eine Creditkrise scheint die amerikanische Wollwaren- und -Wollerei bei ihrem Ausfuhrvermögen nach der USA und Kanada nicht behindern zu lassen. Die amerikanische Wollwarenindustrie ist die größte in der Welt. Sie wird sich in der nächsten Periode wahrscheinlich behaupten können. Es mag sein, daß gerade in diesen Ländern die Nachfrage der Verbraucher groß genug ist, um die Verkäufe zu tragen, und diese Erfahrung könnte nicht ohne gewisse gültige Regeln zu sein, denn schließlich ist die Wollwarenindustrie ein sehr wichtiges Argument der Wollwaren der Verbraucher werden in einem Nachlassen des Kaufinteresses und infolgedessen auch zu einem Rückgang der Preise führen.

Wolle

In Buenos Aires war der Wollmarkt sehr fest. Nur kleinere Partien feiner Wollen wurden angeboten. Sie wurden sofort durch die lokale Wollindustrie aufgenommen, die dafür bis zu 20 arg. Peso je lb über den Ausfuhrerwartungen bezahlte. Mit 17 arg. Peso je lb wurde die lokale Berichtwoche für die 11 Monate-Wollen von Chubut, australisches Typ, ein neuer Rekordpreis erzielt. — Die geringen Anlieferungen am Weltmarkt in Montevideo erzielte bis zu 40 arg. Peso für feine Merino-Wollen. Buenos Aires sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Wolle

An der New Yorker Baumwollbörse notierte Dezember-Kontrakt am 2. November 30,00 ct je lb, gegenüber 29,85 am 26. Oktober, März 29,85 gegenüber 29,75 am 26. Oktober, Juni 29,75 gegenüber 29,65 am 26. Oktober. Die Tendenz der Börse ausgeprochen fest und die Notierungen stiegen erheblich an. Die Spinnereien kauften sehr unbedeutende Termine der laufenden Ernte für feine Sorten interessierten sich die Kommoditäten- und -Produzenten. Die Nachfrage nach Baumwolle wurde durch eine Reihe von Faktoren gestützt, unter denen die Annahme, daß die Ernteproduktion gegen Anlieferungen aus der neuen Ernte — die Erntebewegung hat zu dieser Zeit wahrscheinlich ihren Höhepunkt erreicht — und Liquidationen infolge der Unsicherheit über die Ausfuhrbeschränkungen in Ägypten, Brasilien und Indien besonders in Krisen des New Yorker Baumwollhandels die Einführung der Lizenzpflicht für den Baumwollimport in Mexiko. Diese Maßnahme bewirkt nach den Erklärungen der amerikanischen Regierung die Abschließung der Inlandversorgung.

Wolle

Schon eine oberflächliche Überprüfung der Export- und Marktstatistik in den verschiedenen wichtigsten südamerikanischen Baumwollproduktionsländern läßt erkennen, daß die Verkaufszahlen in der Welt ein optimales Bild zeigen. In Brasilien wird gemeldet, daß die zur Ausfuhr verfügbaren Bestände bereits aufgebraucht sind. Pakistan hat die Ausfuhr von Baumwolle bis und weiteres gesperrt. Ägypten hat die Ausfuhrbeschränkung immer noch als die wichtigste Lieferant für diesen Rohstoff übrig. Aber auch hier ist die Lage wegen der kleinen Ernte in dieser Saison ziemlich trübe. Die nordamerikanischen Regierung selbst, sowie ihre Handelskommission, die Commodity Credit Corporation,

beschränkungen für private Verwendungszwecke in Kraft, und man glaubt, daß es dann gelingen werde, Angebot und Nachfrage in ein günstiges Verhältnis zu bringen.

Metalle

In der Berichtwoche war das hervorsteckendste Ereignis an den Weltmetallmärkten der ungewöhnliche Fortgang der Zinnpreise, der den Zinnpreis über die 1949-Grunde hinauswies. Auch der Bleimarkt hat sich entsprechend dem Anstieg der Zinnpreise in die gleiche Richtung bewegt. Die Anhebung der Aufwärtsbewegung an den Metallmärkten vor einigen Wochen innerlich als vorüberläufig gedeutet worden. Das hat natürlich wenig mit einer echten Notwendigkeit für höhere Preise gerade bei Blei zu tun, sonst sind die Erzeuger bemüht, die Preisbildung unter Kontrolle zu halten. Wir wissen schon vorwiegendlich darauf hin, daß sich auch kein Notwendigkeit für nicht in der Vergangenheit für höhere Preise gerade bei Blei zu tun, sonst sind die Erzeuger bemüht, die Preisbildung unter Kontrolle zu halten. Wir wissen schon vorwiegendlich darauf hin, daß sich auch kein Notwendigkeit für nicht in der Vergangenheit für höhere Preise gerade bei Blei zu tun, sonst sind die Erzeuger bemüht, die Preisbildung unter Kontrolle zu halten.

Zinn im Mittelpunkt des Interesses stand in der Berichtwoche der Zinnmarkt. Das kann nicht der Zufall sein, daß die internationale Zinnkonferenz in Genf hat beschlossen, die Befürchtungen der Zinnerzeuger, daß es zu einer Kürzung der Zinnerzeugung kommen könnte, noch verstärkt. Das Festhalten daran wird natürlich die Zinnerzeugung der Zinnerzeuger mit dem Erfolg, daß die Zinnerzeugung der 1949-Grunde überschritten. Das ist ein Zinnpreis, wie er in der Geschichte dieses oder eines anderen Metalls noch nie, verwirklicht war. Es wird behauptet, daß der vor einigen Monaten noch bestehende Vorratsbestand am Weltmarkt in der letzten Zeit abgebaut worden ist. Wir möchten annehmen, daß die bisher bekannt gewordenen Zahlen aus der Weltmetallwirtschaft so gesehen, daß nicht nur die Erzeugung gegen das Vorjahr weiter gestiegen ist, sondern auch die Vorräte keine ungewöhnliche Verminderung, die heute schon schätzungsweise 100 000 t über dem strategischen Reserve eingestiegen ist, von der die Hauptmenge zu einem Preis von 20 ct pro Pfund im Juli 1949 erwartet wurde, kann sein. Die Zinnerzeugung, die durch Größere, um nicht zu sagen Falschmeldungen, noch künstlich gestützt wurde, kann sich halten, wenn man nicht annehmen, daß die Spekulation gerade am Zinnmarkt gegenüber anderen Metallen einseitig ist. Die Zinnerzeugung, die durch Größere, um nicht zu sagen Falschmeldungen, noch künstlich gestützt wurde, kann sich halten, wenn man nicht annehmen, daß die Spekulation gerade am Zinnmarkt gegenüber anderen Metallen einseitig ist.

In der Woche zum 8. Oktober wurden in G.F.A. 12 1/2 Millionen 2000 Ballen Hochwolle gelandet, gegenüber 10 1/2 Millionen im Vorjahr. Die Notierung für diese Hochwolle lag bei 1,50 ct je lb am 2. Oktober auf 1,57 ct je lb am 2. November leicht an. Die Haltung der Börse war im allgemeinen gut. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend. Die Notierungen der anderen Zuckerarten sind ebenfalls leicht ansteigend.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

Kautschuk

Nr. 1000, Dezember-Kontrakt, stieg an der New Yorker Kautschukbörse, von 91 ct je lb am 26. Oktober auf 97,30 ct am 2. November. Die Schwankungen waren sehr erheblich. Dabei ist es trotz der stärkeren Anwendung der Verbrauchsbeschränkungen in den USA nicht gelungen, ein weiteres Ansteigen der Aufnahmestelle zu bewerkstelligen. Alle Hinweise auf einen wahrscheinlichlichen Überschub im kommenden Frühjahr, infolge der Produktionssteigerung der nordamerikanischen Kautschukerzeuger, werden nicht an der Tagesordnung sein. Die Notierungen in Brasilien für den Kautschuk sind ebenfalls sehr lebhaft, wenn auch die Nachfrage nach feineren Wollen und gewaschenen, sowie jahrelange Ware zu Festen, die weit über den Angeboten von Boston liegen. Der Weltmarkt für Wolle, der die Grundlage zur Berechnung des Weltpreises der Aufnahmestelle bildet, wurde von 17 auf 22 arg. Peso herabgesetzt.

PERSONALIEN

Die Technische Hochschule Karlsruhe ernannte aus Anlaß ihres 125jährigen Bestehens u. a. Dr. Helmut Winkler und Dr. Franz Burda zu Ehrensenatoren und verlieh Dr. phil. A. H. Meyer die Würde eines Dr.-Ing. r. h. c. Dr. Helmut Winkler ist ein vormaliger deutscher Bauingenieur, hatte in Wiesbaden eine große Textilfabrik, gründete 1949 in Bamberg die Graß-Werke, die mit ca. 1500 Beschäftigten vornehmlich Berufshilfen herstellt. Er wurde kürzlich 50 Jahre alt, sein Vater erfuhr mit 43 Jahren heute noch wie ein Junger im Werk mit. Das Winklers gehört auch die Spinnerei Ludenmühle in Tengen und die neue Textilfabrik in Bamberg.

Dr. Franz Burda, Förder der graphischen Technik, erhielt als erster Repräsentant des Großgewerbes eine akademische Ehrendoctorwürde und sein Verlag sind in Ortenburg lokalisiert.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der OSRAM-Gesellschaft, Dr. phil. A. H. Meyer, niederte vor Jahren nach Heidelberg u. hat die Oberleitung der OSRAM-Betriebe im Westen. Seine hervorragenden Verdienste um die Lichttechnik brachten ihm die Würde eines Dr.-Ing. r. h. c. Er ist ein vormaliger deutscher Bauingenieur, hatte in Wiesbaden eine große Textilfabrik, gründete 1949 in Bamberg die Graß-Werke, die mit ca. 1500 Beschäftigten vornehmlich Berufshilfen herstellt. Er wurde kürzlich 50 Jahre alt, sein Vater erfuhr mit 43 Jahren heute noch wie ein Junger im Werk mit. Das Winklers gehört auch die Spinnerei Ludenmühle in Tengen und die neue Textilfabrik in Bamberg.

Dr. Franz Burda, Förder der graphischen Technik, erhielt als erster Repräsentant des Großgewerbes eine akademische Ehrendoctorwürde und sein Verlag sind in Ortenburg lokalisiert.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der OSRAM-Gesellschaft, Dr. phil. A. H. Meyer, niederte vor Jahren nach Heidelberg u. hat die Oberleitung der OSRAM-Betriebe im Westen. Seine hervorragenden Verdienste um die Lichttechnik brachten ihm die Würde eines Dr.-Ing. r. h. c. Er ist ein vormaliger deutscher Bauingenieur, hatte in Wiesbaden eine große Textilfabrik, gründete 1949 in Bamberg die Graß-Werke, die mit ca. 1500 Beschäftigten vornehmlich Berufshilfen herstellt. Er wurde kürzlich 50 Jahre alt, sein Vater erfuhr mit 43 Jahren heute noch wie ein Junger im Werk mit. Das Winklers gehört auch die Spinnerei Ludenmühle in Tengen und die neue Textilfabrik in Bamberg.

Dr. Franz Burda, Förder der graphischen Technik, erhielt als erster Repräsentant des Großgewerbes eine akademische Ehrendoctorwürde und sein Verlag sind in Ortenburg lokalisiert.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der OSRAM-Gesellschaft, Dr. phil. A. H. Meyer, niederte vor Jahren nach Heidelberg u. hat die Oberleitung der OSRAM-Betriebe im Westen. Seine hervorragenden Verdienste um die Lichttechnik brachten ihm die Würde eines Dr.-Ing. r. h. c. Er ist ein vormaliger deutscher Bauingenieur, hatte in Wiesbaden eine große Textilfabrik, gründete 1949 in Bamberg die Graß-Werke, die mit ca. 1500 Beschäftigten vornehmlich Berufshilfen herstellt. Er wurde kürzlich 50 Jahre alt, sein Vater erfuhr mit 43 Jahren heute noch wie ein Junger im Werk mit. Das Winklers gehört auch die Spinnerei Ludenmühle in Tengen und die neue Textilfabrik in Bamberg.

Dr. Franz Burda, Förder der graphischen Technik, erhielt als erster Repräsentant des Großgewerbes eine akademische Ehrendoctorwürde und sein Verlag sind in Ortenburg lokalisiert.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der OSRAM-Gesellschaft, Dr. phil. A. H. Meyer, niederte vor Jahren nach Heidelberg u. hat die Oberleitung der OSRAM-Betriebe im Westen. Seine hervorragenden Verdienste um die Lichttechnik brachten ihm die Würde eines Dr.-Ing. r. h. c. Er ist ein vormaliger deutscher Bauingenieur, hatte in Wiesbaden eine große Textilfabrik, gründete 1949 in Bamberg die Graß-Werke, die mit ca. 1500 Beschäftigten vornehmlich Berufshilfen herstellt. Er wurde kürzlich 50 Jahre alt, sein Vater erfuhr mit 43 Jahren heute noch wie ein Junger im Werk mit. Das Winklers gehört auch die Spinnerei Ludenmühle in Tengen und die neue Textilfabrik in Bamberg.

zung für den Stockpi, die nicht zuletzt für die allgemeine Lage verantwortlich sind. Nach Meldungen aus den USA werden die Exporteure zu 2 Prozent der verfügbaren Zinkverwertung zur Durchführung des Wiederaufbauprogramms benötigt. Selbst in amerikanischen Kreisen gibt man zu, daß ohne die Exporterlöse keine Zinkspiegel bestehen würde.

Belische Metalle

Quarkalter: Aus Spanien wird gemeldet, daß bei Dilat in der Nähe von Granada reiche Zink- und Kupfervorkommen entdeckt wurden, die nicht in die Erdoberfläche liegen, und die als etwas reich betrachtet werden wie die berühmten Vorkommen von Almaden. London notiert für Quecksilber 25 £ 10 sh bis 26 £ 1 sh für die Fische. In den USA beträgt der Preis 250 bis 260 Dollar.

Belien: Die Nachfrage nach Blei ist in der letzten Zeit beträchtlich gestiegen und übersteigt heute wahrscheinlich die Erzeugungsmöglichkeiten. In den USA und in Kanada, den wichtigsten Erzeugerländern, sind keine Vorräte mehr vorhanden, so daß der Bedarf an dieser Produktion gedeckt werden muß. Die Notierung in USA wurde auf 3,26 Dollar je lb erhöht.

Metallpreise vom 1.11.1950

England	USA	Westdeutschl.
1 lb je lb in ca je lb in DM je 100 kg		
Kupfer	202 0/0	24,50
Zink	127 10/0	17,50
Alu	131 0/0	17,50
Zinn	1022 0/0	127,00 nom. 1120,00

Auslandsbörsen

PARIS: freundlich

Obwohl die weltweite Lage keine Entspannung erfahren hat und die Entwicklungen in Lateinamerika und Korea eher dazu angetan waren, zu verstärken, wie die Pariser Erfahrungen in der Berichtswache eine Geschäftsbesserung auf die Kursgestaltung war allerdings unbestimmt. Die höhere Notierung der Gewinnmaßnahmen nach sich zogen. Hervorzuheben ist die feste Verfassung der indonesischen Werte, insbesondere derjenigen, die im Pariser Markt größere Rolle spielen. Französische Banken weisen unter größeren Kursrückführungen freundliche Haltung auf. In Erwartung der Ausgabe einer neuen Anleihe hielt sich das Geschäft auf diesem Marktgebiet allerdings teilweise in engeren Grenzen.

3 1/2%	3 1/2%	27,10
5 1/2%	5 1/2%	27,90
6 1/2%	6 1/2%	18,11
7 1/2%	7 1/2%	18,11
8 1/2%	8 1/2%	18,11
9 1/2%	9 1/2%	18,11
10 1/2%	10 1/2%	18,11
11 1/2%	11 1/2%	18,11
12 1/2%	12 1/2%	18,11
13 1/2%	13 1/2%	18,11
14 1/2%	14 1/2%	18,11
15 1/2%	15 1/2%	18,11
16 1/2%	16 1/2%	18,11
17 1/2%	17 1/2%	18,11
18 1/2%	18 1/2%	18,11
19 1/2%	19 1/2%	18,11
20 1/2%	20 1/2%	18,11

SCHWEDEN: erholt

Nach der Abkühlung in der Vorwoche setzte sich an den 8. und 9. November ein beachtliches Aufwärtstrend ein. Die Erholung durch den Geschäft für Kellereien nur in einzelnen Spezialwerten leitbar. Wie bereits in der letzten Zeit standen Interhandel, Ciba, Berliners und Ohio, Penzance, Kellerei und General Motors im Vordergrund des Interesses. Die Erklärung eines britischen Speidlers, die Bremer Regierung habe zu versetzen gegeben, daß sie bereit sei, die deutsche Vorkriegsvalutaschwundung anzuerkennen, führte zu einer Belebung des Geschäftes in London und nach Dänemark. In Paris orientierten Wertes. Da jedoch ein Überkommen über Zurückzahlung oder über die Aufnahme des Zinseszinses voraus nicht besteht, ist und die Allianz Hochfinanz und das Bundesministerium kassieren demontieren, daß ein deutsch-amerikanische Einigung über die deutschen Vorkriegsschulden bereits erzielt werden sei, ließ das Geschäft in deutschen Werten zum Wochenanfang wieder nach. Auf den letzten Markttagen wirkten sich die Schwankungen der New Yorker Börse jeweils aus, so daß mit der Erholung in Wallstreet auch die Schwedische Börsen freundlich bestanden.

3 1/2%	3 1/2%	27,10
5 1/2%	5 1/2%	27,90
6 1/2%	6 1/2%	18,11
7 1/2%	7 1/2%	18,11
8 1/2%	8 1/2%	18,11
9 1/2%	9 1/2%	18,11
10 1/2%	10 1/2%	18,11
11 1/2%	11 1/2%	18,11
12 1/2%	12 1/2%	18,11
13 1/2%	13 1/2%	18,11
14 1/2%	14 1/2%	18,11
15 1/2%	15 1/2%	18,11
16 1/2%	16 1/2%	18,11
17 1/2%	17 1/2%	18,11
18 1/2%	18 1/2%	18,11
19 1/2%	19 1/2%	18,11
20 1/2%	20 1/2%	18,11

LONDON: meist fester

Die Meldungen über den hartnäckigen Widerstand der Kommunisten in Korea und die bevorstehende Abschonungsperiode ließen an den Londoner Effektenbörsen keine rechtliche Unternehmungslust aufkommen. Außerdem behielten sich allgemein bis zur Ende des britischen Königs schließlicher Parlamentsöffnung zurückhaltend. In der zweiten Hälfte der Berichtswache richtete sich die Nachfrage insbesondere auf Zinn- und Kupferaktien. Die Kauflust war in diesen Werten derart reg, daß sich teilweise Stückmangel geltend machte. In Kupferwerten war die Haltung Anfangs unsicher, zumal die Umstellung-Operationen von Kupferaktien in Kupfer- und Zinkwerte erzielten. Später nahmen aber auch Kupferaktien an der Aufwärtsbewegung der Kurse teil. Die Aufwärtsbewegung der 5%igen Obligationen der Imperial Tobacco fand starkes Interesse. Die Prämie von 2% Pfund Sterling gegenüber dem Emissionskurs von 20 Sterling sei die optimistischsten Erwartungen. In der zweiten Hälfte des starken Rückgangs des Bismarckstahls im September gedrückt. Von Industriepapieren riefen Austin Motors am Wochenende unter Angebot, das Hausen im Hinblick auf die Dividendenrückkehr Verkäufe vornehmen. Auf das neue Aktienkapital gelangt eine Dividende von 2% zur Auszahlung, was einer Verteilung auf das alte Aktienkapital von 2% entspricht gegenüber 4% im Vorjahr. Britische Staatspapiere wiesen feste Haltung auf. Von Auslandsbörsen wurden spanische Aktien stärker beachtet, wobei die Erwartung einer Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen Großbritannien zu Spanien unerschütterlich war. Von deutschen Bonds zogen die beiden Kali-Anleihen im Kurs an, während sich die Dawa- und Young-Anleihe voll behaupten konnten.

3 1/2%	3 1/2%	27,10
5 1/2%	5 1/2%	27,90
6 1/2%	6 1/2%	18,11
7 1/2%	7 1/2%	18,11
8 1/2%	8 1/2%	18,11
9 1/2%	9 1/2%	18,11
10 1/2%	10 1/2%	18,11
11 1/2%	11 1/2%	18,11
12 1/2%	12 1/2%	18,11
13 1/2%	13 1/2%	18,11
14 1/2%	14 1/2%	18,11
15 1/2%	15 1/2%	18,11
16 1/2%	16 1/2%	18,11
17 1/2%	17 1/2%	18,11
18 1/2%	18 1/2%	18,11
19 1/2%	19 1/2%	18,11
20 1/2%	20 1/2%	18,11

NEW YORK: nach Schwankungen fest

Bedeutende Kursrückführungen kennzeichneten den Verlauf der New York Effektenbörsen. Die internationale politische Lage und die Unsicherheit über die in der heimischen Wirtschaft in

Die aktuelle Reportage:

Badens Flüchtlingsbetriebe schaffen Arbeit

Das Flüchtlingsproblem steht immer noch und immer stärker im Vordergrund des innerpolitischen und wirtschaftlichen Interesses. Die Wirtschaft hat darum zwei Flüchtlingsbetriebe geschaffen, einer mittleren und einen großen, um sich an Ort und Stelle von der großen Leistung und der zehntausendfachen Initiative der Flüchtlingsbetriebe zu überzeugen. Dabei sind die beiden Betriebe nach ihrer Entstehung, nach der Zusammenfassung ihrer Belegschaften, nach Produktionszweigen und Größe grundverschieden — auch diese macht diese Reportage relevant und aufschlußreich.

Buchdruckerei Franz W. Wesel

Franz W. Wesel Vater hat 1912 in der Nähe des Alexanderplatzes in Berlin eine Druckerei gegründet, in der schließlich bei Beginn des 2. Weltkrieges 80 Mann arbeiteten. Beim Kampf um Berlin wurde diese Druckerei zum großen Teil zerstört. Die noch übrig gebliebenen Maschinen wurden demontiert. Franz W. Wesel, der Sohn, ist gelernter Drucker und Buchdruckmaschinenmeister und arbeitete im Betrieb seines Vaters. Nach dessen Tod übernahm er den Betrieb. Als Franz W. Wesel aus der Gefangenschaft zurückkam und sich um seinen Betrieb kümmern wollte, wurden die Russen ungenötigt auf ihn aufmerksam, ebenso ein großer Heizerkollektive. In den vergangenen Monaten konnte eine weitere Vierfarbendruckmaschine und vieles andere beschafft werden. Wesel hat weder einen Flüchtlingskredit noch ERP-Mittel, noch sonstige finanzielle Unterstützung gehabt. Nur der Oberbürgermeister von Baden-Baden hat ihm bei den vielen behördlichen Wegen geholfen und den Ausbau seines Betriebes gefördert. Im Zuge der Baden-Badener Wünsche, nur russische Industrien, aber diese ganz besonders, zu fördern.

Franz W. Wesel steht nicht still und ruht sich nicht auf seinen Lorbeeren aus. Eine Zweifarbenmaschine ist im Anrollen. Auch eine äußere Anerkennung blieb nicht aus: Er wurde zum Vorsitzenden des Buchdrucker-Verbandes für Baden gewählt.

eine Buchdruckerei betrieb. 15 alte Facharbeiter aus Ost-Berlin arbeiten bei ihm und haben ihre Familien auch noch bei ihm über die grüne Grenze gebracht, mehrere von diesen alten Facharbeitern sind über 50 Jahre in seinem Betrieb. Der eine von ihnen ist schon 77 Jahre bei Wesel tätig. Ein anderer von ihnen war bereits in der Zwischenzeit „Aktivist“ bei der „Täglichen Rundschau“ und kam freiwillig zu Wesel nach Baden-Oos.

Es war schwer, für diese 15 Familien aus Ost-Berlin Wohnungen zu finden. Mit eigenem Geld, ohne Flüchtlingskredite und ohne andere öffentlichen Mittel, hat Franz W. Wesel in einem Barackenlager zunächst 6 Wohnungen errichtet. Diese Wohnplätze wurden geschnitten. Der kleine gepachtete Betrieb ist längst zu klein geworden. An 3 verschiedenen Stellen in Baden-Baden wird gearbeitet. Die Expedition, die Buchbinderei, die Buchhaltung und die Redaktion sind jeweils an anderen Stellen in Baden-Baden untergebracht. Das soll nun anders werden. In einem großen Neubau an der Rheinstraße in Baden-Baden hat Wesel Räume gemietet, die ausreichen, um alle diese Abteilungen in einem Haus zu vereinigen und die Druckerei dort hin zu verlegen.

Inzwischen hat sich auch der Maschinenpark erheblich vermehrt. Die dritte Setzmaschine ist eben gekauft angekommen, ebenso ein großer Heizerkollektive. In den vergangenen Monaten konnte eine weitere Vierfarbendruckmaschine und vieles andere beschafft werden. Wesel hat weder einen Flüchtlingskredit noch ERP-Mittel, noch sonstige finanzielle Unterstützung gehabt. Nur der Oberbürgermeister von Baden-Baden hat ihm bei den vielen behördlichen Wegen geholfen und den Ausbau seines Betriebes gefördert. Im Zuge der Baden-Badener Wünsche, nur russische Industrien, aber diese ganz besonders, zu fördern.

Franz W. Wesel steht nicht still und ruht sich nicht auf seinen Lorbeeren aus. Eine Zweifarbenmaschine ist im Anrollen. Auch eine äußere Anerkennung blieb nicht aus: Er wurde zum Vorsitzenden des Buchdrucker-Verbandes für Baden gewählt.

Taschentuchweberei Dr. Winkler, Blumberg

Ganz anders in der Größe und Struktur sowohl des Betriebes wie der Landschaft ist Blumberg und die dort neugebaute große Taschentuchweberei von Dr. Winkler.

Zunächst ein paar Worte zu dem Problem Blumberg. Ehe man dieses stille Dorfchen entdeckt, das an der abschüssigen Bahn von Immdingen über Weizen, Tübingen nach Waldshut auf einer Höhe von etwa 700 m liegt, hatte es 1930 70 Einwohner. Im Zuge des Vierjahresplanes begann die Errichtung der dort liegenden Eisenstraße durch die Degersheim AG. Große Förder- und Aufbereitungsanlagen wurden errichtet und eine große Wohnsiedlung gebaut. Aus Weizen, aus Hamburg, aus Schlesien, aber vor allem aus dem Saarland kamen die neuen Einwohner. Beim Zusammenbruch sah Blumberg schon über 3000 Einwohner und durch Einrückung neuer Flüchtlinge hat der Ort heute eine Einwohnerzahl von 4100.

Man kann sich nun vorstellen, daß gerade in Blumberg nach diesem Krieg die Not einzog. Nicht nur die Hauptfabrikationsstätte — der Erzbergbau — wurde stillgelegt, auch zwei weitere Betriebe wurden rasch demontiert, von einem Betrieb sogar die gesamten Gebäude abgebrochen. Ein nach Blumberg während des Krieges verlagert Betrieb der Firma Alfred Teves, Frankfurt, sollte sich wieder rückverlagern werden, aber es gelang, diesen Vorkriegsbetrieb Blumberg zu erhalten. Sie beschäftigt heute 250 Menschen; es ist sogar ein Ausbau geplant, der weitere 150 Menschen beschäftigen wird. Eine Tabakfabrik, eine Abteilung der Ost-Mineralien und eine größere Potentilla sind errichtet, 40 Wohnungen stehen im Rohbau.

Inzwischen ist seine Belegschaft auf 75 Mann gestiegen, also fast so groß wie in den Friedensjahren in Berlin. Und nun kommt das Eigenartige und besonders Interessante. Das eigentliche Fachpersonal seines Betriebes stammt aus Berlin, stammt aus seinem alten Betrieb. Einer nach dem anderen meldete sich bei ihm, als man erfuhr, daß Wesel in Baden-Oos wieder



Die Stollengrube in Wildschapbach

mittel Winkler gehört zu den bekanntesten Textilbetrieben Deutschlands. Die Taschentücher, die in Leubach (Schleien) hergestellt wurden, gingen in die ganze Welt. Dieser Betrieb ging verloren, und der Betrieb entstand nun neu in Blumberg. Die Winklers haben in Baden die große Spinnerei Lauffenmühle bei Tübingen, in Bamberg die Groß-Werke und 2 Werke in Westfalen.

Ende August 1949 wurde der Grundstein zu der neuen Taschentuchfabrik in Blumberg gelegt — und Anfang Dezember dieses Jahres wird der Betrieb, komplett eingeweiht, feierlich eingeweiht werden. Über 300 Weistühle, von denen jeder zwischen 4 und 7000 DM kostet, werden dort arbeiten. Eine besondere Klimaanlage, eine sehr teure Einrichtung, wird für gleichmäßige Temperatur und Feuchtigkeit der Luft sorgen, um den Produktionsprozess störungsfrei durchzuführen. Etwa 400 Menschen werden dann dort beschäftigt sein. Einige Meister und Ingenieure stammen noch aus der Fabrik in Leubach.

Das Fabrikgebäude fällt auf. Ein weißer vierstöckiger Bau mit Flachdach gekennzeichnet dadurch, daß er keine Fenster hat. Das ist zwar nicht ganz richtig, im unteren Geschoss sind einige Fenster in der üblichen Größe, aber im oberen Blockwerk dem eigentlichen Fabrikationsraum, läuft nur ein schmaler Fensterstreifen rund um das Gebäude, der aber nicht als Lichtbringer dient. Er soll vielmehr den am Tage dort schaffenden Menschen das Gefühl nehmen, wie in einem Sunker, von der Welt abgeschlossen, arbeiten zu müssen. Als Lichtbringer dienen bei Tag und Nacht allein die Tageslicht-Leuchtröhren, mit denen der Bau tatsächlich taghell und schattenlos erleuchtet ist.

Die unteren Räume werden das Garnlager, die Versandabteilung und die Büros aufnehmen. Der obere Raum (150 x 90 m) ist nicht unterteilt und beherbergt die Weistühle. Schon jetzt sind fast die Hälfte der Weistühle montiert — und arbeiten.

Wenn die Taschentuchweberei im Dezember voll zu laufen beginnt, wird es in Blumberg wahrscheinlich keine Arbeitslosen mehr geben. Alle Flüchtlinge sind in Arbeit und Brot. Dies wurde im wesentlichen dadurch erreicht, daß ein großer, im Osten verlorengegangener Betrieb errichtet wurde — eigentlich eine ganz klare, konsequente Entwicklung, die als Beispiel dienen kann und muß.

Ein großes Verdienst an der Entwicklung Blumbergs in den letzten 3 Jahren hat der Bürgermeister, der immer wieder auf die Not in Blumberg aufmerksam machte und nicht müde, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt war. Das ist nun im wesentlichen gescheit.

Wildschapbach Erzhbergbau

Zum Schluß dieser Reportage wollen wir noch einen kleinen Erzhbergbau-Betrieb und seine Bedeutung für Baden und die westdeutsche Metallwirtschaft behandeln. Am Schapbach, einem Seitenfluß der Kinzig, liegen Biersberger, die schon vor Jahrhunderten bekannt waren und ausgebeutet wurden. Der tschechische Volkshändler Hans Jakob hat in seinem Buch „Erzbergbau“ das Leben dieser Bauern, die gleichzeitig Kupfererz haben, beschrieben.

Erst 1939, als man jedes in Deutschland nur irgendwie vorkommende Erz auszuschießen suchte, wurde die Wildschapbach-Erzhbergbau GmbH gegründet und der alte Schacht wieder

aufgeschlossen. Nach Schluß des zweiten Weltkrieges mußte man wieder von vorn anfangen, aber man ist dort in diesem Jahr erheblich vorwärts gekommen. Etwa 50 t Erz mit einem Gehalt zwischen 73 und 77% werden monatlich an die Braubacher Hütte zur Weiterverarbeitung versandt.

Das ist nämlich das Erste, was in diesem Vorkommen. Einen so hohen Bleigehalt gibt es weder in Deutschland noch sonst in der Welt, wo Blei vorkommt. Nur Kanada und Australien hat Erz mit ähnlich hohem Bleigehalt. Deutschland ist auf die Bleifahrung angewiesen. Seit einem halben Jahr steigen international die Metallpreise. Bei dem 2. 76 geltenden Bleipreis ist die Erschließung dieses Bleis aus deutschem Boden rentabel und würde auch rentabel bleiben, wenn der Preis einmal wieder sinkt. Voraussetzung dafür allerdings ist, daß eine für ein solches Objekt verhältnismäßig geringe Kapitalsumme von etwa 300.000 DM aufgebracht und investiert wird. Man könnte dann den Schacht noch etwas vertiefen bis etwa auf 225 m Tiefe (jetzt liegt die tiefste Stelle bei 189 m), noch verschiedene Förderleistungen ergänzen und Maschinen anschaffen.

Die Förderung ließe sich dadurch noch wesentlich erhöhen.

Aber auch in der Aufbereitung könnte durch zusätzliche Anlagen viel von dem geförderten Blei genutzt werden, das jetzt verloren geht. Es würde zu weit führen, hier die technische Erklärung für diese Verluste abzugeben.

Der tschechische Staat hat sich an dem Fortbestehen und dem Aufbau dieser Grube immer interessiert gezeigt. Sowohl der tschechische Bleibauer der Grube haben bereits erhebliche Mittel investiert. Im vorigen Jahr, als der Bleipreis sehr niedrig war, erzielte die Förderung nicht mehr als ein halbes Tonne. Trotzdem hat man sie weiter betrieben.

In diesem Jahr hat sich nun das Bild gewandelt, und zwar nicht nur dadurch, daß der Preis für Blei erheblich stieg, sondern auch weil für solche Unternehmungen, die bei rentabler Produktion helfen Devisen zu sparen, ERP-Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Die Geschäftsführung des Unternehmens hat mehrfach versucht, ERP-Mittel zu erhalten, aber bisher vergebens.

Wenn wir im Zusammenhang dieser Reportage auch dieses Erzbergwerk besprechen, dann waren dafür mehrere Gründe maßgebend: 1. die Möglichkeit, Devisen zu sparen; 2. Arbeit zu beschaffen; denn zweitens könnten bei voller Aufschließung der Vorkommen noch viel mehr als die bisherigen 60 Menschen beschäftigt werden; 3. weil tschechische Bodenbesitzer ausgenutzt werden sollten, wenn man sie rentabel fördern kann und 4. weil kleinere Industriebetriebe auf dem Lande so verdienen, gefördert zu werden. Es kommt hinzu, daß die doppelte Bodenständigkeit von Kumpel und Bauer ein ganz gutes soziales Zusammenleben bedeutet. Es gilt schließlich auch unter den Flüchtlingen Kumpel, die sich gern wieder in einer anderen Gegend bodenständig machen wollen.

Es ist geologisch erwiesen, daß dieses Bleivorkommen nicht gering ist, und es hat sich bereits gezeigt, daß Deutschland über 1 MILL. DM Devisen allein am Blei von Wildschapbach eingespart hat. Darum wäre es sehr zu wünschen, wenn man auch hier für das zum Ausbau der Grube notwendige Kapital sorgte. IL

Stand und Möglichkeiten der Heringsöl-Erzeugung

Der nachstehende Beitrag ist ein Auszug aus einem Aufsatz des bekannten deutschen Fischerei-Fachmannes **Mrs.-Rat Dr. G. Mesek (Bundeserziehungsminister)**.

Das wirtschaftliche Interesse an Fischöl hat in letzter Zeit beträchtlich zugenommen. Die modernen Methoden der Fettbearbeitung ermöglichen, auch aus Fischöl einen etwas wertvollen und hochwertigen Rohstoff zu gewinnen, der insbesondere für die Herstellung von Margarine gut geeignet ist. Deshalb wird auch in Westdeutschland die Frage erörtert, ob und wie die Gewinnung aus Fischen und Fischabfällen erhöht werden kann. Hierbei werden Überlegungen verschiedenster Art angestellt, die jedoch oft eine nähere Kenntnis der Zusammenhänge und der bestehenden Möglichkeiten vorsehen lassen.

In der Sprache des Handels wird zwischen Lebertran und Fischöl unterschieden. Während Lebertran durch die Verarbeitung der Leber von Rundfischen (Kabeljahe, Seezahn usw.) gewonnen wird, fällt Fischöl in erster Linie bei der Verarbeitung von Herings- und verwandten Fischarten oder deren Abfällen zu Fischmehl an.

Gegenüber dem Jahr 1938 ist die Fischölproduktion in den Jahren 1948 bis 1949 rückläufig. Dies ist in erster Linie auf den Ausfall Japans zurückzuführen. Japan war vor dem Krieg der Haupterzeuger für Fischöl (225.000 t). Durch die Abtragung großer Fanggebiete an Rußland ist die japanische Fischerei stark zurückgegangen (1947 t im 1949), und es kann deshalb nicht damit gerechnet werden, daß die Fischölproduktion Japans in absehbarer Zeit den Vorkriegsstand wieder erreicht. Obwohl einwärtige statistische Unterlagen über eine Reihe, für die Gewinnung von Fischöl jedoch unbedeutendere Länder fehlen, kann man davon ausgehen, daß der Gesamtanfall von Fischöl in der Welt vor dem Krieg bei rund 450.000 t im Jahr lag und sich nach dem Krieg um etwa 120.000 t bewegte. Nach dem Krieg standen die USA und Alaska an erster Stelle in der Heringsölproduktion, dann folgte Norwegen, Island und Kanada. Deutschland produzierte 1938 rund 8000 t, das Bundesgebiet im vergangenen Jahre 2600 t (einschl. Gewinnung aus anderen Fischarten).

Notenkurse in Zürich am 4. 11. 1950

1 \$ USA	4,30 1/2	4,30 1/2
1 £ England	11,20	11,20
100 fr. Frankreich	1,17 1/2	1,17 1/2
100 lire Italien	2,20	2,20
100 sk. Holland	10,50	10,50
100 skr. Schweden	75	75
100 rnz. Norwegen	45	45
100 kr. Dänemark	44	44
100 lira Italien	—	—
100 Randes Portugal	14,40	14,40
100 skr. Tschechoslowakei	1	1
100 rnz. Peru Argentinien	22	22
100 rnz. 4 Türkei	1,15	1,15
100 rnz. 4 Türkei	14	14
100 rnz. 4 Österreich	5,50	5,50
1 israel. 4 Israel	—	—
100 DM Deutschland	60,00	60,00

kommen, was naturgemäß gelegentliche Rückfälle nicht ausschließt.

Durchschnittlicher für:

30 Industriewerte

30 Eisenhüttenwerte

40 Industriewerte

15 Vermögensbetriebe

Moody's Index

Notenkurse in Zürich am 4. 11. 1950

1 \$ USA

1 £ England

100 fr. Frankreich

100 lire Italien

100 sk. Holland

100 skr. Schweden

100 rnz. Norwegen

100 kr. Dänemark

100 lira Italien

100 Randes Portugal

100 skr. Tschechoslowakei

100 rnz. Peru Argentinien

100 rnz. 4 Türkei

100 rnz. 4 Österreich

1 israel. 4 Israel

100 DM Deutschland

kungen, die mit den Unregelmäßigkeiten der Heringsfänge zusammenhängen. Insgesamt betrachtet, zeigen die angegebenen Zahlen, daß die Nachkriegsproduktion an Fischöl nicht so groß ist, wie dies selbst in Kreisen der Fischerei häufig angenommen wird. Nach dem Ausfall Japans spielt das Fischöl im Rahmen der Gesamterzeugung der Welt nur noch eine geringere Rolle. Auch mit der Produktion an Walfischöl, das in der Fischölherstellung nicht messen. Diese betrug auf der gesamten Welt 600.000 t im Jahre 1938, fiel dann auf 180.000 t im ersten Nachkriegsjahr und erreichte 1949 wieder 410.000 t. Aus dem Vergleich dieser Zahlen mit der Fischölproduktion ergibt sich ziemlich eindeutig, daß auch für Westdeutschland bei einer Ausnutzung der Fettzellen des Meeres das größere Interesse beim Walfisch liegt.

Die Fischverlängerer sind sich darüber einig, daß sicherlich noch Chancen für eine Ausweitung der Fischölproduktion der Welt bestehen. Durch die zunehmende Verbesserung der Fangtechnik läßt sich zweifellos eine bessere Ausnutzung der Heringsvorkommen erzielen, ohne damit eine Bestandgefährdung vorzunehmen. Sowohl im Bereich der europäischen Meere als auch in anderen Teilen der Welt werden Möglichkeiten gesehen.

Das gilt u. a. auch für die Fischgründe in der Nähe der afrikanischen Küste, die noch ziemlich unerschlossen sind. Da eine steigende Nachfrage nach Fischöl besteht, wurden auch zahlreiche Überlegungen zur Verbesserung der technischen Einrichtungen angestellt. Nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in anderen Ländern hat man den Einsatz von Fabrikschiffen erwogen. Norwegen besitzt bereits eine solche schwimmende Heringsmahl- und Heringsölfabrik, die unmittelbar in der Nähe der Fanggründe eingesetzt werden kann und die durch ihre Beweglichkeit nicht nur den Heringschwärmen zu folgen in der Lage ist, sondern die auch sehr viel rationeller arbeiten kann, als dies bei einer stationären Anlage der Fall ist.

Ohne die Möglichkeit an geschätzter Stelle unter Land zu gehen, wird sich aber der Einsatz von Fabrikschiffen für die Heringsmahl- und Heringsölgewinnung kaum ermöglichen lassen. Das Unterlandsgewinn innerhalb der Heringsgründe vor fremden Küsten bedarf je-